

Erscheint 14 tägig

Samstags / Bezugspreis viertel-
wertlich 1 Mk., durch die Post
ins Haus gebracht 1.32 Mk. /
Mitglieder des Gewerbevereins
für Nassau erhalten das Blatt
kostenlos / Alle Postanfragen
nehmen Befolgungen entgegen

Mitteilungen für den Gewerbeverein für Nassau

Verkündigungs-Organ der handwerkskammer Wiesbaden

Die Anzeigengebühr

beträgt für die sechsseitige
kleine Zeile od. r. deren Raum
60 Pfg.; bei Wiederholungen
entsprechenden Rabatt / für
die Mitglieder des Gewerbe-
vereins für Nassau werden 10
Prozent Sonder-Rabatt gewährt

herausgegeben

vom Zentralvorstand des Gewerbevereins für Nassau

Wiesbaden, 8. Mai

Anzeigen-Aannahmestelle:

Hermann Rauch, Wiesbaden, Friedrichstr. 30, Telefon 636

Inhalt: Gewerblich-technische Bücherei. — Gewerbliches
Unterrichtswesen. — 71. ordentliche Hauptversammlung
des Gewerbevereins für Nassau in Limburg a. d. L. —
Die wichtigsten Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes.
— Eine wissenschaftliche Abteilung beim Reichsverbande
des deutschen Handwerks. — Industrie und Handwerk. —
Kurz Mitteilungen. — Aus den Kreisverbänden. — Aus
Nassau. — Bekanntmachungen der Handwerkskammer.

Gewerblich-technische Bücherei mit Vorbildersammlung des Gewerbe- vereins für Nassau, Adolfsstrae 16.

Vom 1. April ab ist der Lesesaal gromet:
vormittags von 10 bis 1 Uhr und nachmittags von
3 bis 6 Uhr mit Ausnahme von Mittwochs- und
Samstagsnachmittags.

Die Dienststunden für die Geschatts-
stelle des Gewerbevereins für Nassau wurden
festgesetzt auf vormittags von 7.30 bis 1 Uhr
und nachmittags von 3 bis 6 Uhr. Samstagsnach-
mittags ist geschlossen.

Benutzung der Bücherei im Monat April:

Besuchsziffer des Lesesaales	168
Ausgeliehene Bücher	84
Ausgeliehene Vorbilder	81

Gewerbliches Unterrichtswesen.

Am 19. April 1920 wurde an der gewerb-
lichen Fortbildungsschule in Domburg v. d. S.
ein Meisterkursus mit 24 Teilnehmern
eröffnet.

71. ordentliche Hauptversammlung des Gewerbevereins für Nassau in Limburg a. d. L. am 20. April 1920.

Nach sechsjähriger Pause, bedingt durch die
Infolge des Krieges eingetretenen Verkehrs-
erschwernisse, konnte der Gewerbeverein für
Nassau in diesem Jahre wieder zum erstenmal
eine ordentliche Jahres-Hauptversammlung ab-
halten. Aber nicht dieser Grund allein war die
Veranlassung zu der überaus zahlreichen Betei-
ligung; die diesjährige Hauptversammlung be-
anspruchte ganz besonders dadurch das lebhaft-
este Interesse, weil durch ihre Beschlüsse der
Grund gelegt werden sollte und auch wurde für
eine vollständige Neugestaltung des Gewerbe-
vereins für Nassau, zu einer Erneuerung an
Kaupt und Gliedern, die, so hoffen wir zuver-
sandlich, für die weitere gedeihliche Entwicklung
des Vereins und damit für die Förderung und
Wohlfahrt des nassauischen Handwerks und
Kleingewerbes, von legendreischem Einfluß sein
wird.

Am 19. April, vormittags 10 Uhr, fand im
Rathaus zu Limburg eine Sitzung des
Zentralvorstandes statt. Dieser folgte
nachmittags 4 Uhr eine Sitzung der Kom-
mission zur Beratung der Anträge für die
Aenderung der Satzungen. Diese An-
träge waren von grundlegender Bedeutung und
erforderten eine mehr als dreistündige Ver-
handlung, die schließlich zu einem einmütigen
Beschlussantrag für die Hauptversammlung
führte.

Am Abend fand im Evangelischen Vereinshaus
eine gesellige Zusammenkunft statt, die
hauptstachlich der Feier des 75jahr-
igen Bestehens des Gewerbevereins
für Nassau galt. Für den Gewerbeverein

Limburg begrüßte dessen Vorsitzender, Herr
Bauunternehmer und Magistratsratsherr J. G.
Brck, die Versammlung, und namens der
Stadt Limburg hieß Herr Bürgermeister Dr.
Krisman die Versammlung herzlich will-
kommen. Er gedachte dabei in anerkennenden
Worten der großen Verdienste des Gewerbe-
vereins für Nassau im allgemeinen und des
Gewerbevereins Limburg im besonderen um
die Förderung von Handwerk und Gewerbe
und beglückwünschte den Verein zu seinem
Jubiläum.

Der Vorsitzende des Gewerbevereins für
Nassau, Herr Justizrat Dr. Bidel, dankte für
die Begrüßung und Glückwünsche und brachte
dann einen kurzen Ueberblick über die Ent-
stehung des Vereins, der im Jahre 1919 auf
eine 75jahrige Tätigkeit zurückblicken durfte.
Er schloß mit folgenden Worten: „Heute stehen
wir im Begriff, unserem Verein eine neue
äußere Struktur zu geben, ihn umzugestalten
in einen Verband von Vereinen, von all den
Vereinen, die mit uns in unserer engeren
Heimat die gleichen Ziele verfolgen.“

Der Gewerbeverein für Nassau
will die gesamten nassauischen
Handwerker und Kleingewerbetrei-
benden zusammenschließen zu einer
machtvollen und einflussreichen Or-
ganisation. Im Gewerbeverein für Nassau
sollen sich alle Handwerker und Gewerbetrei-
benden zusammenfinden zu gemeinsamer Arbeit
und zur Selbsthilfe. Unser Verein zeigt das
Bild eines Baumes, der gepflanzt und gepflegt
wurde von Freunden des Handwerks, der nun-
mehr aber erhardt ist, um ohne Stütze allen
Wettern zu trotzen und schutend unter seine
Astte alle Handwerker und Gewerbetreibenden
zu nehmen. Er ist kein rasch gewachsender Baum
mit zartem Holz und zerlassigen Astern und
Bluttern, keine Treibhauspflanze, sondern eine
ferne, knorrige, aber feste deutsche Eiche,
an deren Holz jede zerstörende Art zerplittern
muß. Möge dieser Baum, nachdem sein Wach-
stum durch die herben Kriegsjahre gehindert
wurde, durch neue Lebenskräfte gekräftigt, immer
tiefer Wurzeln fassen in seinem deutschen Hei-
matland „Nassau“ und möge sein Holz noch
fechter werden gegen alle Angriffe und möge
sein Wachsen und Gedeihen dem heimischen
Handwerk und Gewerbe Segen bringen!“

Das auf den Gewerbeverein für Nassau aus-
gebrachte Hoch fand begeisterte Aufnahme.

Um den schönen harmonischen Verlauf der
Versammlung hatte sich ganz besonders der
Limburger Männergesangsverein verdient ge-
macht, dessen meisterhaft vorgetragene Chöre
den lebhaftesten Beifall ernteten.

Für die am 20. April im Hotel „Alte Post“
abgehaltene Hauptversammlung lag fol-
gende Tagesordnung vor:

1. Bericht des Zentralvorstandes über den
Stand und die Tätigkeit des Vereins von
1914 bis 1920;
2. Bericht der Ausschüsse über die Prüfung der
Jahresrechnungen von 1914 bis 1918;
3. Vorlage des Haushaltsplans für 1920;
4. Aenderung der Vereinsstatuten;
5. Festsetzung des von den ordentlichen Mit-
gliedern zu zahlenden Beitrags;
6. Beschlussfassung über die Führung der Ver-
einsgeschafte bis zur Neuwahl des Zentral-
vorstandes;
7. Organisation des Handwerks;
8. Wahl des Ortes der nächsten Hauptver-
sammlung;
9. Ernennung von Ehrenmitgliedern;
10. Wünsche und Anträge.

Die Versammlung wurde um 8 1/2 Uhr durch
den Vorsitzenden mit folgender Ansprache er-
ffnet: „Im Namen des Zentralvorstandes be-
grüße ich Sie und heiße Sie herzlich will-
kommen. Unsere letzte Hauptversammlung hat
im Juni 1914 zu Niederlahnstein stattgefunden.
Durch den Krieg war es uns nicht möglich, eine
ordentliche Hauptversammlung zu berufen, doch
haben wir versucht, durch außerordentliche Mit-
gliederversammlungen sowie durch Versamm-
lungen der Verbnde der Kreisverbände die
Verbindung mit und zwischen den einzelnen
Gewerbevereinen und Kreisverbänden aufrecht
zu erhalten. Der Krieg hat auch den Gewerbe-
verein für Nassau hart getroffen. Aus unseren
Reihen wurden, soweit Berichte der Vereine
hierüber vorliegen, 298 Mitglieder zu den
Fahnen berufen. Davon haben 144 ihre Treue
und ihren Opfermut mit ihrem Herzblut be-
festigt. Darunter befand sich auch unser be-
liebter und allverehrter Finanzreferent, Herr
Landesbankrat Reich. Lassen Sie uns zu
Ehren unserer Gefallenen und aller Mitglie-
der, die der Tod seit unserer letzten Versamm-
lung dahingerafft hat, von unseren Siben er-
heben. (Geschicht.)“

In wirtschaftlicher Beziehung ist der Krieg,
namentlich in der ersten Zeit, als Handel und
Handel stockten, zweifellos für das Handwerk
und Kleingewerbe von tiefgreifendem nachteil-
igen Einfluss gewesen. Erst später, als es dank
der Bemühungen unserer Handwerkskammer
und ihrer Vermittlungsstelle möglich war, das
Handwerk an den großen Heereslieferungen
teilnehmen zu lassen, haben sich die Verhältnisse
gehebert. Ganz besonderen Dank schulden wir
unseren Frauen, die sich, als ihre Männer dem
Ruf zur Fahne folgen mußten, in Haus, Hof
und Gewerbe treu bewährt haben. Augen-
blicklich ist die Geschäftslage im Handwerk im
allgemeinen gut, namentlich für solche Ge-
schäfte, die mit den notwendigen Rohstoffen
versehen sind.

Wenn uns der Krieg nach all den schweren
Verlusten an Leben, Gesundheit, Hab und Gut
den erhofften Erfolg nicht gebracht hat, so
dürfen wir uns, am allerwenigsten im Ge-
werbeverein, doch nicht mutlos machen lassen.
Wenn uns alles genommen werden kann, so
bleibt uns aber doch unsere deutsche Arbeit
und Gründlichkeit. Gerade diese zu bewahren,
ist der Handwerker- und Gewerbebestand mit an-
erster Stelle berufen. Wir müssen uns durch
Arbeit und Gründlichkeit alles das wieder er-
ringen, was uns der Krieg genommen hat.

Will das der Handwerker und Gewerbe-
treibende, dann muß er seinen Mann nicht nur
in seinem Betrieb, sondern auch da stellen, wo
es sich jetzt bei dem Kampfe um wirtschaftliche
Forderungen handelt. Wir haben im Ge-
werbeverein niemals Parteilichkeit getrieben
und wollen auch diesem Grundsatz treu bleiben.
Wir treiben nur eine Politik und das ist
„deutsche Politik“. Der deutsche
Handwerker und Gewerbetreibende
hält fest an seinem Vaterland, an
Deutschland, an der deutschen Ein-
heit und sieht in jeder Politik, die
an der Einheit rüttelt, eine Poli-
tik, die ihm nur Schaden und nichts
nützen kann.

Auf der anderen Seite bedeutet der Grund-
satz „keine Parteilichkeit“ nicht das Fernbleiben
des einzelnen unserer Mitglieder von den
politischen und wirtschaftlichen Kämpfen. Mehr
denn je gebietet es der Selbsthaltungstrieb,
dass sich jeder um die Politik kümmert. Wir
müssen aus unserer Gleichgültigkeit gegenüber
politischen und wirtschaftlichen Fragen heraus

und teilnehmen an der Gestaltung unseres Wirtschaftslebens. Ich brauche nur auf die dem Handwerk und Gewerbe drohenden Gefahren der Sozialisierung und Kommunalisierung hinzuweisen, ferner auf die Steuergehalte, die Tarifverträge und Lohnbewegung aufmerksam zu machen, um zu zeigen, wie notwendig es ist, daß das Handwerk und Gewerbe fest zusammensteht, und daß seine Organisation einmütig eintritt für seine berechtigten wirtschaftspolitischen Forderungen. Wir müssen die richtigen Vertreter von Handwerk und Gewerbe in den Körperschaften haben, im Reich, Staat und in der Kommunalverwaltung. Gerade hier werden die Vorkamerwerke und Kreisverbände diejenigen Stellen sein, die geschlossen und damit machtvoll ihre Forderungen zu vertreten haben. Möge dieser wirtschaftspolitischen Betätigung auf der breiten Basis des Gewerbevereins Erfolg beschieden sein."

Der Vorsitzende stellte sodann die ordnungsmäßige Berufung der Hauptversammlung fest. Die Einladung ist zum erstenmal im "Raff. Gewerbeblatt" vom 13. Mai ergangen.

Von einer ziffernmäßigen Feststellung der Beschlussfähigkeit der Versammlung durch Verlesen der Namen der Abgeordneten konnte abgesehen werden, da die gewählten Vertreter fast vollständig erschienen waren. Die Versammlung erkannte die Beschlussfähigkeit als vorhanden an. Anwesend waren einschließlich der nach Eröffnung der Versammlung noch erschienenen Herren 168 Vertreter.

Als Mitglieder der Kommission zur Prüfung der Dringlichkeit der verspätet eingereichten Anträge wurden gewählt die Herren Maurermeister Bauschmann, Wehen, Schreinermeister Müller, Rahenelbogen und Hofphotograph Schilling-Königstein.

1. In die Tagesordnung eintretend, gab der Vorsitzende aus dem Bericht des Zentralvorstandes über den Stand und die Tätigkeit des Vereins von 1914 bis 1920 eine gedrängte Übersicht in folgenden Ausführungen:

"Zur Zeit unserer letzten Hauptversammlung in 1914 hatte der Gewerbeverein für Nassau in 144 Vorkamerwerken die ständige Mitgliederzahl von 10 755. Der bald darauf ausgebrochene Krieg und der Niedergang der wirtschaftlichen Verhältnisse lichte unsere Reihen in bedenklicher Weise. Es sank die Zahl der zahlenden Mitglieder

in 1915 auf 8502,
in 1916 auf 7896,
in 1917 auf 7221 und
in 1918 auf 7096.

Nach Schluß des Krieges stieg die Mitgliederzahl wieder auf 8812. Die aus dem Felde zurückgekehrten früheren Mitglieder hatten in der großen Mehrzahl dem Gewerbeverein die Treue gehalten. Die auf unsere Veranlassung im letzten Herbst betriebene Werbung neuer Mitglieder hat uns in 61 Vorkamerwerken, die bis jetzt berichtet haben, einen Zuwachs von 1775 Mitgliedern gebracht. Im Laufe des letzten Jahres wurden drei neue Gewerbevereine gegründet, in Eschbach bei Usingen, Lorschbach i. L. und Oberstedten bei Homburg. In Hührl hat sich der Gewerbeverein mit dem dortigen Handwerkerverein zu einem Handwerker- und Gewerbeverein vereinigt. Zurzeit haben wir in 143 Vereinen einen Mitgliederbestand von 10 417. Diese erfreuliche Aufwärtsbewegung darf uns mit besonderer Genugung erfüllen und zu der Hoffnung berechtigen, daß diese gedeihliche Entwicklung auch weiterhin vorwärts schreiten wird.

Eine Gewähr dafür bieten uns auch unsere neuesten organisatorischen Einrichtungen: die vor drei Jahren gegründeten Kreisverbände für Handwerk und Gewerbe. Diese selbst sind Ihnen durch Ihre Mitarbeit und durch die Veröffentlichungen im "Gewerbeblatt" bekannt; ich brauche also nicht näher darauf einzugehen. Doch darf ich kurz etwas über ihre Tätigkeit sagen. Die Geschäftsstellen der Kreisverbände wurden von den Handwerkern und Gewerbetreibenden zur Beratung in allen möglichen gewerblichen, technischen, wirtschaftlichen und Rechtsfragen in steigendem Maße in Anspruch genommen. Eines ihrer wichtigsten Arbeitsgebiete war und ist heute noch die Rohstoffversorgung des Handwerks. Die Geschäftsstellen der Kreisverbände sind die Ortsstellen für die staatliche Beihilfeversorgung, die von ihnen durchgeführt wird. Weiter haben die Geschäftsstellen mit Erfolg

bei der Versorgung mit anderen Roh- und Hilfsstoffen, Maschinen usw. mitgewirkt, namentlich für die aus dem Felde zurückgekehrten Handwerker, denen sie auch bei der Ordnung und Klärung ihrer finanziellen Verhältnisse, bei der Beschaffung der notwendigen Betriebsmittel hilfreich zur Seite standen. Verschiedene Kreisverbände hatten aus freiwilligen Beiträgen Bürgerstiftungen zum Wiederaufbau des Handwerks errichtet. Durch Gewährung von Beihilfen aus diesen Mitteln wurde manchem Handwerker über die schweren Zeiten hinweggeholfen und sein Vertrauen in die Zukunft gestärkt. Endlich muß noch die Bedeutung der Kreisverbände und ihrer Geschäftsstellen als Arbeitsgemeinschaft für sämtliche handwerkliche und gewerbliche Vereinigungen des Kreises, als eine offizielle Interessenvertretung des gesamten Handwerks und Gewerbes innerhalb des Kreises gewürdigt werden.

Neben dem Ausbau der eigenen Organisation hat sich der Zentralvorstand und mit ihm die Kreisverbände die Förderung des sachlichen Zusammenschlusses des Handwerks angelegen sein lassen. Anfänglich hatten die Vereinigungen zur Gründung handwerklicher Fachvereinigungen nicht den gewünschten Erfolg. Erst nach und nach hat sich beim Handwerk die Überzeugung von der Notwendigkeit und der Bedeutung des sachlichen Zusammenschlusses durchgerungen. So fanden dann später die Bemühungen zur Gründung von Innungen einen besser vorbereiteten Boden. Innerhalb kurzer Zeit sind 60 neue Innungen entstanden, meist Zwangsinnungen, die sich jeweils auf das Gebiet eines Kreises erstrecken. Im Ober-Taunuskreis und im Kreise Höchst, wo die Handwerker zur Bildung von Zwangsinnungen weniger Neigung hatten und dem freien Zusammenschluß den Vorzug gaben, wurden handwerkliche Fachvereinigungen gebildet, die örtlich wiederum in einem Handwerkeranruf (Homburg) oder Handwerker- und Gewerbeverband (Oberursel) zusammengefaßt sind. In ähnlicher Weise hat sich das Handwerk innerhalb der größeren Gewerbevereine in Viebrich und Bad Ems organisiert. Verhältnismäßig wenig Eingang gefunden hat die sachliche Organisation des Handwerks in den vorwiegend ländlichen Kreisen Oberweilerwald, Westerburg, Unterlaunus und Usingen.

Als sich der Zentralvorstand für die Förderung des sachlichen Zusammenschlusses des Handwerks einsetzte, war er sich wohl bewußt, daß dadurch unter Umständen der Entwicklung der Gewerbevereine Abbruch getan werden könnte. Gleichwohl hat es der Zentralvorstand für seine Pflicht gehalten, den sachlichen Zusammenschluß, selbst auf die Gefahr einer Beeinträchtigung der Gewerbevereine, fördern zu müssen, weil er die Sache höher stellte als die Form. Allerdings können wir den Standpunkt derjenigen Handwerker, die neben ihrer sachlichen Organisation den allgemeinen Zusammenschluß für entbehrlich halten, nicht vertreten. Hier gilt der Satz: Das eine tun, aber das andere nicht lassen. Der Handwerker soll in seinem Fachverein seine besonderen Berufsfragen und sachlichen Angelegenheiten erörtern, für die Vertretung der großen gemeinsamen Interessen ist aber ein allgemeiner Zusammenschluß nicht zu entbehren. Das wird auch von den einsichtsvollen Handwerkern erkannt. In verschiedenen Kreisen haben sich die Innungen, Fachvereinigungen usw. fast reiflos dem Kreisverband für Handwerk und Gewerbe angeschlossen.

Der Kreisverband galt als ein Glied des Gewerbevereins für Nassau. Mit dem Moment des Anschlusses von Innungen an den Kreisverband ist dieser aber über den Rahmen unserer Vereinsorganisation hinausgewachsen. Denn die Innungen sind keine Mitglieder des Gewerbevereins für Nassau und konnten es nach den jetzigen Statuten auch nicht werden. Um nun der an sich durchaus gesunden Entwicklung der Zusammenarbeit von Gewerbevereinen, Fachvereinigungen und Innungen Rechnung zu tragen und weiter die Wege zu ebnen, wird Ihnen der Zentralvorstand heute einen Antrag auf Abänderung der Statuten namentlich in dem Sinne unterbreiten, daß auch den Fachvereinigungen, Innungen und gewerblichen Genossenschaften der Anschluß an den Gewerbeverein für Nassau ermöglicht wird. Auf diese Weise kann und soll eine einheitliche, geschlossene und machtvolle Organisation des Handwerks innerhalb des Vereinsbezirks geschaffen

werden, wie das beispielsweise in den süddeutschen Staaten durch die Verschmelzung der Handwerkerverbände mit den Gewerbevereinen Verbänden mit bestem Erfolge schon geschehen ist.

Ein weiteres und maßgebendes Vorbild für diesen Zusammenschluß haben wir auch in dem im Herbst 1919 neu gegründeten Reichsverband des deutschen Handwerks. In diesem Verband haben sich die geselligen Berufsvertretungen des Handwerks mit den freien Verbänden zu gemeinsamer Arbeit zusammengeschlossen. Wie nun der Reichsverband, dessen Gründung man mit Recht als eine für das Handwerk hochbedeutende Tat begrüßt, eine Arbeitsgemeinschaft der verschiedenen handwerklichen und gewerblichen Verbände für das ganze deutsche Reich darstellt, so haben in engeren Bezirken bei uns die Kreisverbände als die Arbeitsgemeinschaft für den Kreis zu gelten, und in ähnlicher Weise soll im Gewerbeverein für Nassau durch den beabsichtigten Ausbau unserer Organisation eine Arbeitsgemeinschaft für den Vereinsbezirk gebildet werden und zwar in engerer Verbindung mit der Handwerkskammer. Denn neben der Organisationsfrage haben wir mit der Handwerkskammer noch viele andere Berührungspunkte und gemeinsame Aufgaben. Ich erlaube hierbei u. a. an den Plan, mit der Handwerkskammer und den Frankfurter Handwerksverbänden durch Verschmelzung der drei Zeitungen: "Raffauesches Gewerbeblatt", "Neues Deutsches Handwerkerblatt" und "Frankfurter Handwerks- und Gewerbezeitung", ein einziges gemeinsames Organ zu schaffen. Weiter fanden wir uns mit Vertretern der Handwerkskammer und des Wiesbadener Innungsausschusses zu gemeinsamer Arbeit zusammen bei den Beratungen über die Errichtung einer Krankenkasse für selbstständige Handwerker und Gewerbetreibenden, welche Angelegenheit bereits unsere letzte Hauptversammlung beschäftigt hatte. Nach den Vorschlägen des gemeinsamen Ausschusses wurde beschlossen, eine sogen. Krankenzusatzkasse zu gründen, also einer Kasse, die in Krankheitsfällen Krankengeld gewährt, aber keine Heilmittel (Arzt und Apotheke). Man will zunächst aus kleinen Anfängen heraus eine Krankenfürsorge-Einrichtung für den selbstständigen Mittelstand schaffen, die dann später je nach Bedürfnis weiter ausgebaut werden kann. Die Kassen-Satzungen liegen z. Bt. der Aufsichtsbehörde zur Genehmigung vor und es kann mit der alsbaldigen Eröffnung der Kasse gerechnet werden. Der schon lange bestehende Plan, die Geschäftsstelle des Gewerbevereins für Nassau mit der Geschäftsstelle der Handwerkskammer räumlich zusammenzulegen, kann voraussichtlich in aller Kürze verwirklicht werden.

Die in den letzten Jahren betriebene und jetzt noch nicht völlig abgeschlossene sachliche Organisation des Handwerks, der Verkehr mit den Kreisverbänden usw. hat für den engeren Vorstand und unsere Geschäftsstelle eine ganz erhebliche Mehrarbeit gebracht, die von dem ohnehin geringen Beamtenpersonal auf die Dauer nicht mehr bewältigt werden kann. Dazu kommt, daß uns die nächste Zukunft, was die Stellung des Handwerks in unserer Wirtschaftsordnung betrifft, vor außerordentlich wichtige Aufgaben stellen wird. Ich erinnere wieder an die drohende Sozialisierung oder Kommunalisierung, an die strittige Frage der freien Wirtschaft oder der gebundenen Planwirtschaft, die Notwendigkeit für eine weitgehende Aufklärung und Belehrung über das umfangreiche Gebiet der neuen Reichssteuergesetze. Hierfür ist eine tüchtige geschulte Kraft unentbehrlich, die nicht allein bei unserer Geschäftsstelle alle diese wichtigen Wirtschaftspragen zu bearbeiten hätte, sondern die auch draußen den Kreisverbänden und Vereinen zu Vorträgen, zur Beratung und Unterstützung zur Verfügung stehen muß. Gerade auf diese Aufgaben legen wir besonders Wert. Es herrscht draußen, namentlich dort, wo sich das Handwerk sachlich organisiert hat, ein reges Leben. Die Handwerker fordern, und zwar mit vollem Recht, daß der Gewerbeverein mehr als bisher ihre wirtschaftlichen Interessen vertritt und fördert. Sie finden dafür bei uns volles Verständnis.

Wenn dieses Gebiet selber nicht so beackert worden ist, wie wir es selbst gern gewünscht hätten, so lag das in den finanziellen Verhältnissen begründet. Dieselben waren während des Krieges die denkbar ungünstigsten. Von 1914 bis 1918 hatte unsere Zentralkasse infolge der Einberufung zahlreicher Mitglieder zum

Sekretariat allein einen Ausfall von 22 500 M an Mitgliedsbeiträgen zu verzeichnen. In Ermangelung anderer Einnahmen zur Deckung dieses Ausfalles sah sich der Zentralvorstand zu weitgehenden Einschränkungen genötigt. Zunächst mußte das Gewerbeblatt, das vor dem Kriege achtseitig in einem Umfang von mindestens 8 Seiten erschien, auf 4 Seiten eingeschränkt werden. Seit Juli 1918 konnte es nur noch 14seitig erscheinen. Weiter mußte die Stelle des technischen Beamten nach dessen Einberufung zum Heeresdienst unbesetzt gelassen und die Dienstgeschäfte von den anderen Beamten mitversehen werden. Für unsere Bucherei und Vorbildersammlung konnte fast gar nichts aufgewendet werden. So kann es nicht weiter gehen. Stillstand bedeutet Rückschritt. Wir wollen den berechtigten Forderungen unserer Handwerker nach einer weitergehenden Förderung ihrer Interessen entgegenkommen und zu diesem Zwecke u. a. auch einen vollwirtschaftlich gebildeten Beamten anstellen. Das können wir aber nur, wenn uns die dazu unbedingt notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Darüber wird Ihnen unter Punkt 5 der Tagesordnung eine besondere Vorlage unterbreitet werden, auf die ich verweisen darf. Ich möchte aber nicht unterlassen, auch an dieser Stelle an Ihren gesunden Sinn und an Ihre Opferwilligkeit zu appellieren und Sie zu bitten, den durch den Krieg und seine Folgen geschaffenen außergewöhnlichen Verhältnissen Verständnis entgegenzubringen und uns die Mittel nicht zu verweigern, die erforderlich sind, wenn unser Verein seine Aufgabe erfüllen will zur Förderung und Wohlfahrt unseres raffaischen Handwerks und Gewerbes.

Das Wort zur Beiprägung des Berichtes wurde nicht gewünscht. Der Bericht beschränkt sich auf die Tätigkeit des Zentralvorstandes in Angelegenheiten des Vereins und der praktischen Gewerbeentwicklung. Für die Verwaltung des gewerblichen Unterrichtswesens ist alljährlich ein Bericht herausgegeben worden, und das wird auch für das abgelaufene Jahr demnächst geschehen.

Von den eingeladenen Gästen waren inzwischen erschienen und vom Vorsitzenden begrüßt worden die Herren Geh. Regierungsrat Adolf von Darmstadt, Ehrenmitglied des Vereins und Vorsitzender des Verbandes Deutscher Gewerbevereine und Handwerkervereinigungen, Gewerbeinspektor Wagener aus Erfurt, Ehrenmitglied, ehemal. Direktor der Baugewerkschule in Jülich, Zimmermeister Carliens als Vorsitzender der Handwerkskammer Bergisch-Gladbach, Dr. Börsig aus Dillenburg als Vorsitzender des Raff. Fortbildungsschulvereins, Fabrikant W. Busch-Oberursel als Vorsitzender des dortigen Handwerker- und Gewerbevereins und Schneidermeister Renier in Limburg, als Vertreter des Limburger Innungsausschusses. Der Vertreter des Regierungs-Präsidenten, Herr Regierungsrat und Gewerbeinspektor Prof. Dr. Müller, wurde in letzter Stunde durch Krankheit verhindert, der Versammlung beizuwohnen.

II. Es folgten die Berichte der Ausschüsse über die Prüfung der Jahresrechnungen des Gewerbevereins für Nassau für 1914, 1915, 1916 und 1918, erstattet von den Herren Gymnasiallehrer a. D. Christe-Montabaur und Bauunternehmer J. W. Prös-Limburg. Die Prüfung hatte zu Beanstandungen keinen Anlaß gegeben. Dem Zentralvorstand wurde Entlastung erteilt. Die Jahresrechnung für 1917 liegt z. Bt. noch der Preuss. Oberrechnungskammer zur Prüfung vor.

III. Der Punkt 3 der Tagesordnung wurde zurückgestellt bis nach Erledigung des 4. Punktes: Änderung der Vereins-Satzungen.

Dazu erstattete der Vorsitzende einen einleitenden Bericht: „In den letzten Jahren ist aus Mitgliedsereisen wiederholt eine Aenderung der Satzungen nach der einen oder anderen Richtung angeregt worden. Ganz besonders aber haben die veränderten Zeitverhältnisse eine durchgreifende Revision unserer Satzungen notwendig erscheinen lassen. Nach den Vorschlägen einer Kommission hat der Zentralvorstand einen vollständig neuen Entwurf der Satzungen aufgestellt und im Gewerbeblatt veröffentlicht, damit die Lokalgewerbevereine dazu Stellung nehmen konnten. Dieser Entwurf zeigt gegenüber den bisher geltenden Satzungen ein wesentlich anderes Gesicht. Die wichtigsten Änderungen sind folgende:

a) Zunächst ist der Grundsatz verfallen, daß der Gewerbeverein für Nassau ein Verein von

natürlichen Personen ist. Der Verein soll umgekehrt werden in einen Verband, damit sich neben den Gewerbevereinen auch die anderen handwerklichen und gewerblichen Vereinigungen, Innungen usw. ihm anschließen können. Im Gewerbeverein für Nassau soll das gesamte organisierte Handwerk zusammengefaßt werden zu einer einheitlichen, geschlossenen und mächtvollen Organisation, die wirkungsvoller als jeher die wirtschaftlichen Interessen des Handwerks und Kleingewerbes vertreten kann.

b) Den einzelnen dem Gewerbeverein für Nassau angehörenden Vereinen soll eine größere Selbstständigkeit und Bewegungsfreiheit gegeben werden. Deshalb sind in den allgemeinen Satzungen die früheren Bestimmungen über die Organisation und Aufgaben der Lokalgewerbevereine fortgelassen worden. Diese werden ihre inneren Angelegenheiten selbständig regeln und sich eigene Satzungen geben. Um ihnen hierfür aber mit geeigneten Vorschlägen an die Hand zu gehen, sind Muster-Satzungen aufgestellt worden, die später jedem Verein zugehen. Auch für die Kreisverbände hat der Zentralvorstand Muster-Satzungen entworfen, die den Kreisverbänden für die Beschlussfassung ihrer Satzungen als Grundlage dienen sollen.

c) Die Höhe des Mitgliederbeitrags wird nicht mehr in den Satzungen festgelegt, sondern in jedem Jahre der Beschlussfassung durch die Hauptversammlung vorbehalten. Das ist zweckmäßiger, weil auf diese Weise die Höhe des Beitrags den jeweiligen finanziellen Bedürfnissen angepaßt werden kann. Besonders bei den derzeitigen unbeständigen Wirtschaftsverhältnissen läßt sich das Bedürfnis für die Beitragshöhe auf längere Zeit hinaus gar nicht übersehen.

d) Endlich soll der Zentralvorstand selbst eine wesentlich andere Zusammensetzung erfahren.

Nachdem nun der Entwurf der Satzungen für den Gewerbeverein für Nassau im Gewerbeblatt veröffentlicht worden war, sind von verschiedenen Lokalgewerbevereinen, namentlich von Oberursel und Homburg, Änderungsvorschläge eingegangen, die gestern in einer Kommissions-Sitzung einer eingehenden Beratung unterzogen wurden. Dabei sind von den Vertretern von Oberursel auf Grund ihrer Erfahrungen mit der vorbildlichen Organisation im dortigen Gewerbeverein wertvolle Anregungen für den Ausbau unserer Organisation gegeben worden. Die Kommissions-Verhandlungen haben schließlich zu dem Ergebnis geführt, der heutigen Versammlung folgende Vorschläge zu unterbreiten:

1. In den Satzungen des Gewerbevereins für Nassau wird die Unterscheidung zwischen ordentlichen und außerordentlichen Mitgliedern fallen gelassen, die Handwerkervereine, Fachvereinigungen und Innungen sollen also mit gleichen Rechten und Pflichten wie die Gewerbevereine als ordentliche Mitglieder betrachtet werden.

2. Der Zentralvorstand wird in folgender Weise zusammengesetzt:

a) der engere Vorstand, bestehend aus dem ersten und zweiten Vorsitzenden, drei Berichtserstattern und einem Vertreter der Handwerkskammer;

b) mindestens 18 Vertreter des Handwerks, zu wählen von den Unterverbänden;

c) je einem Vertreter der Regierung und des Bezirksverbandes für den Regierungsbezirk Wiesbaden.

Dieser Zentralvorstand steht für die Verwaltung des gewerblichen Unterrichtswesens einen besonderen Fortbildungsschul-Ausschuß ein, bestehend aus Mitgliedern des Zentralvorstandes und Vertretern der an dem Unterrichtswesen interessierten Kreise und Berufskreise.

Durch diese Trennung der Vereinsgeschäfte von der Schulverwaltung wird der Zentralvorstand künftighin in der Lage sein, für die wirtschaftlichen Interessen der Handwerker und Gewerbetreibenden die intensivste Tätigkeit zu entfalten.

3. Dem Gewerbeverein in Wiesbaden ist angeregt worden, die Zahl der für die Hauptversammlung zu wählenden Abgeordneten wegen der Kostenersparnis zu verringern. Der Zentralvorstand hat geglaubt, dieser Anregung folgen zu sollen, in der gestrigen Kommissions-Sitzung ist jedoch der gegenteilige Standpunkt vertreten und betont worden, daß es sehr wünschenswert sei, wenn die Hauptversammlung so zahlreich wie möglich besucht werde.

4. In Bezug auf die bisherigen Kreisverbände für Handwerk und Gewerbe ist von der Kommission als zweckmäßig erachtet worden, das Arbeitsgebiet nicht jeweils auf den Bezirk eines politischen Kreises festzulegen, sondern mehr nach wirtschaftlichen oder verkehrstechnischen Gesichtspunkten abzugrenzen. Da hiernach das Arbeitsgebiet nicht immer mit den Kreisgrenzen zusammenfällt, empfiehlt es sich, den Kreisverbänden einen anderen Namen zu geben. Die Kommission schlägt deshalb vor, die Bestimmung des § 20 in den Satzungen zu streichen und nur zu sagen, daß für solche Unterverbände vom Zentralvorstand Satzungen aufgestellt werden.

5. Ferner sollen auch in § 21, der von den Einzelvereinen spricht, die Bestimmungen Ziffer 1 bis 4 gestrichen und dafür eingefügt werden, daß für die Gewerbevereine und freien Vereinigungen Richtlinien für ihre Satzungen vom Zentralvorstand aufgestellt werden.

Hierauf wurde in die Einzelberatung der Satzungen eingetreten. Die §§ 1 bis 3 fanden widerspruchlos Annahme. Die §§ 4 u. f., die von der Mitgliedschaft handeln, wurden dem Vorschlag der Kommission entsprechend dahin abgeändert, daß der Verein nur „ordentliche, korrespondierende und Ehren-Mitglieder“ hat. Ordentliche Mitglieder sind die Gewerbevereine, handwerklichen und gewerblichen Vereinigungen, Innungen und gewerblichen Genossenschaften. § 6 erhielt folgenden Zusatz: „Die Mitglieder des Gewerbevereins für Nassau sind zugleich Mitglieder des zuständigen Bezirksverbandes für Handwerk und Gewerbe.“ In § 8 wurde hinter Absatz 2 folgender Absatz eingefügt: „Gehört ein Einzelmitglied einem Gewerbeverein und einer Innung, oder Fachvereinigung an, die dem Gewerbeverein für Nassau angeschlossen ist, so ist es nur einmal beitragspflichtig und zwar als Mitglied des Gewerbevereins.“ Dazu stellte Herr Waltermeyer Wiss. Hartmann-Limburg die Anfrage, wo diejenigen Mitglieder, die einem Gewerbeverein und einer Innung oder einem Fachverein angehören, ihr Wahlrecht für den Gewerbeverein für Nassau ausüben hätten, im Gewerbeverein oder in der Innung bzw. in der Fachvereinigung. Mit dem Vorsitzenden war die Vermutung der Ansicht, solchen Mitgliedern in beiden Vereinigungen das Wahlrecht einzuräumen. Herr Schreinermeister Kraus-Kellheim äußerte Bedenken gegen das doppelte Wahlrecht. Es könne dazu führen, daß wir eine zahlende Mehrheit und eine sprechende Mehrheit bekämen. Der Vorsitzende zerstreute diese Bedenken. Sollte das doppelte Wahlrecht tatsächlich zu Unzulänglichkeiten führen, dann könne man später eine Aenderung treffen.

§ 12 erhielt folgende Fassung: „Die ordentlichen Mitglieder wählen wenigstens einen Abgeordneten zur Hauptversammlung. Ist die Zahl der Einzelmitglieder größer als 50, so kann für jede angefangenen weiteren 50 Mitglieder ein weiterer Abgeordneter gewählt werden, bis zur Höchstzahl von 10 Vertretern.“ § 13, letzter Absatz wurde dahin ergänzt, daß auch auf Antrag von mindestens 4 Bezirksverbänden eine außerordentliche Hauptversammlung berufen werden muß. Die §§ 14 und 15 blieben unverändert. Um die §§ 16 bis 19, welche die Zusammensetzung und die Wahl des Zentralvorstandes regeln, entspann sich eine längere Debatte. Von den Herren Waltermeyer Bogt-Höchst und Badermeister Schmitt-Breithardt wurde die Forderung aufgestellt, daß die von den Bezirksverbänden in den Zentralvorstand zu wählenden Vertreter des Handwerks nur Handwerker sein sollten. Dieser Forderung wurde von verschiedenen Seiten widersprochen, insbesondere von den Herren Steinhauermeister Hesch-Biebrich, Lehrer Diehl-Biebrich, Schmiedemeister Winkler-Holzappel und Fabrikant Dichtmann-Kellheim, die hervorhoben, daß zahlreiche Mitglieder, die wenn auch nicht selbst Handwerker, dem Handwerk aber in irgend einer Weise naheständen, sich für die Förderung der Handwerker-Interessen in den Gewerbevereinen sehr verdient gemacht hätten. Ihre weitere Mitarbeit wolle man nicht missen. Herr Fabrikant Busch-Oberursel warnte ebenfalls davor, den Begriff Handwerker so eng zu fassen. Wenn wir unsere Organisation großzügig ausbauen wollten, dann käme es in der Hauptfrage darauf an, die richtigen Männer an die leitenden Stellen zu setzen, Männer mit einem warmen Herzen fürs

Handwerk und klarem Verständnis für seine Räten und Interessen.

Schließlich einigte man sich auf folgende Fassung der §§ 16 bis 19:

§ 16.

Zentralvorstand.

Der Verein wird durch den Zentralvorstand verwaltet. Er besteht aus mindestens 26 bis höchstens 32 Mitgliedern und zwar aus:

1. dem Vorsitzenden;
2. dem stellvertretenden Vorsitzenden;
3. drei Beisitzern und einem Vertreter der Handwerkskammer;
4. mindestens 18 Vertretern des Handwerks (möglichst Handwerker);
5. je einem Vertreter der Regierung und des Bezirksverbandes für den Regierungsbezirk Wiesbaden.

Der Zentralvorstand hat das Recht, sich durch Zuwahl geeigneter Persönlichkeiten, namentlich aus den Kreisen der sonstigen Gewerbetreibenden, zu ergänzen.

Die Ämter des Zentralvorstandes sind Ehrenämter.

§ 17.

Die unter Ziffer 1 bis 3 bezeichneten Mitglieder bilden den engeren Vorstand. Der Verein wird durch den Vorsitzenden oder dessen Stellvertreter und ein weiteres Mitglied des engeren Vorstandes gerichtlich und außergerichtlich vertreten.

Der engere Vorstand wird vom Zentralvorstand gewählt.

§ 18.

Die unter Ziffer 4 bezeichneten Vertreter des Handwerks werden von den Bezirksverbänden gewählt. Für jeden Bezirk ist ein Vertreter und für jeden Vertreter ein Stellvertreter zu wählen.

Neben dem Vertreter kann auch der Stellvertreter an den Sitzungen des Zentralvorstandes mit beratender Stimme teilnehmen.

Die Amtszeit der Mitglieder des Zentralvorstandes und deren Stellvertreter ist drei Jahre. Alle Jahre scheidet ein Drittel aus; die in den beiden ersten Jahren Ausscheidenden werden durch das Los bestimmt.

§ 19.

Für die Verwaltung des gewerblichen Unterichtswezens wird durch den Zentralvorstand ein besonderer Ausschuss für das Fortbildungswesen eingesetzt, in den neben Mitgliedern des Zentralvorstandes Vertreter der staatlichen und kommunalen Behörden, der Lehrerschaft, der beteiligten Berufsstände und der Arbeitnehmer berufen werden.

Der Vorsitzende des Zentralvorstandes ist auch der Vorsitzende dieses Ausschusses.

Für die Amtszeit der Ausschussmitglieder gelten die Bestimmungen des § 18, Abs. 3.

Der Ausschuss gibt sich seine Geschäftsordnung selbst.

Mit der Aenderung der §§ 20 und 21 in der von der Kommission vorgeschlagenen Weise erklärte sich die Versammlung einverstanden.

Die §§ 22 bis einschl. 27 blieben unverändert.

§ 28 erfährt eine Aenderung in dem Sinne, daß die Geschäftsordnung der Genehmigung des Zentralvorstandes, statt der Hauptversammlung, unterliegt.

Im übrigen wurden die Satzungen nach Vorlage genehmigt.

Damit waren die Satzungen des Gewerbevereins für Nassau durch einstimmigen Beschluß der Versammlung in ihren Grundzügen festgelegt. Die redaktionelle Feststellung, ebenso die Anfertigung von Muster-Satzungen für die Bezirksverbände und Gewerbevereine wurde dem Zentralvorstand unter Zuziehung einer aus folgenden Mitgliedern bestehenden Kommission überlassen: Fabrikant Busch und Hofmeister in Oberursel, Steinbaurmeister Heich und Architekt Schenk in Wiesbaden, Tapezierermeister Kaltwasser in Wiesbaden, Malermeister Vogt in Höchst, Buchdruckermeister Meier in Müdesheim, Kaufmann Schidel in Oberlahnstein, Malermeister Maxeiner in Gms, Techniker Audenbuch in Ditz, Malermeister Wiesb. Hartmann in Limburg, Bäckermeister Benz in Gießen, Bäckermeister Schmitt in Breisbach, Schornsteinfegermeister Stengler in Wehen, Hofpavementmeister Schenckel in Wehen, Maurermeister Steinmetz in Uffingen, Fotograf Schilling in Königheim und Schreinermeister Genall in Montabaur. Die Kommission erhielt das Recht der Zuwahl.

In weiterer Erledigung der Tagesordnung wurden die Punkte

IV. Vorlage des Haushaltsplans für 1920 und

V. Beziehung des von den ordentlichen Mitgliedern zu zahlenden Beitrags

gemeinsam zur Beratung gestellt.

Zu dem Haushaltsplan gab der Vereinssekretär die nötigen Erläuterungen. Während in den früheren Jahren und auch noch zu Anfang des Krieges die jährliche Gesamtansgabe für die Zentralverwaltung sich zwischen 30 000 und 40 000 M. bewegte, wies der vorliegende Haushaltsplan für 1920 infolge der außerordentlichen Preissteigerung eine Vermehrung der Ausgaben auf 179 013 M. auf. Allein das Gewerbeblatt, das früher bei einem Umfang von mindestens 8 Seiten etwa 13 000 M. kostete, erforderte jetzt trotz der Einschränkung auf 4 Seiten einen Kostenaufwand von 52 000 M., das seien rund 6 M. für jedes Mitglied. Hierbei sei davon ausgegangen, daß das Blatt demnächst wieder achtseitig, statt vierseitig, erscheinen könne. Nach Aufstellung des Haushaltsplans sei eine weitere bedeutende Erhöhung der Druckkosten eingetreten, so daß, selbst wenn das jetzige vierseitige Erscheinung beibehalten würde, wesentliche Abstriche an den eingezeichneten Ausgaben nicht gemacht werden könnten. Die Ausgaben für Miete, Heizung und Beleuchtung der Geschäftsräume seien um mehr als das Fünffache gestiegen, ebenso die Ausgaben für Druck- und Schreibmaschinen, für die Bucherei und Vorbildersammlung, für Porto und Fernspreckgebühren usw. Die Beamten-Beisetzungen, die vor dem Kriege etwa 10 000 M. jährlich betrugen und im letzten Jahre auf 28 000 M. gestiegen seien, erforderten in 1920 nach Anstellung des neuen Beamten für die von den Handwerkern verlangte weitergehende Förderung ihrer wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Interessen, sowie der unbedingt notwendigen weiteren Hilfskräfte und einschl. der vorgesehenen Erhöhung der Gehälter nach Maßgabe der staatlichen Besoldungsordnung einen Betrag von 52 000 M. In gleichem Verhältnis würden sich auch die Beamten-Versicherungsbeiträge sowie die Reisekosten erhöhen. Unter den Einnahmen erscheine zum erstenmal ein Beitrag der Stadt Wiesbaden von jährlich 3000 M. für die gewerblich-technische Bucherei und Vorbildersammlung. In der Hauptsache müßten die Ausgaben gedeckt werden durch die anteiligen Beiträge der Vereinsmitglieder und den Zuschuß des Staates. Letzterer habe früher jährlich 12 000 M. betragen und sei im letzten Jahre auf 31 775 M. erhöht worden. Für 1920 solle ein Staatszuschuß von 60 000 M. einkommen werden. Trotz dieses verhältnismäßig hohen Betrages sei für die Zentralverwaltung ein anteilhafter Beitrag der Mitglieder von mindestens 80 000 M., oder 10 M. für jedes Mitglied, erforderlich, um die Einnahmen mit den Ausgaben in Uebereinstimmung zu bringen.

Die Notwendigkeit der Beitragserhöhung begründete der Vorsitzende weiter in folgenden Ausführungen:

Jeder Preis, den wir heute annehmen, ist unfixiert. Die Verhältnisse ändern sich von Tag zu Tag. Die Preissteigerung bewegt sich immer noch auf aufsteigender Linie. Wir haben zur Deckung unserer Unkosten in der Hauptsache den Staatszuschuß und die Mitgliederbeiträge. Es wäre gut, wenn wir den Staatszuschuß nicht bräuchten und uns auf eigene Füße stellen könnten, aber so lange die Kosten nicht durch die Mitgliederbeiträge gedeckt werden können, müssen wir dem Staat für seine Beihilfe dankbar sein. Einen höheren Staatszuschuß können wir aber nur dann erwarten, wenn unsere Mitglieder selbst opferwillig sind und höhere Beiträge leisten. Die Forderung besteht sowohl im besetzten als auch im unbesetzten Gebiet. Sie ist hervorgerufen durch die ungewöhnliche Geldentwertung. Bei Gründung des Gewerbevereins, also vor 75 Jahren, zahlten die Mitglieder einen Beitrag von 3 Gulden jährlich. Wenn man bedenkt, was man in damaliger Zeit für 3 Gulden an Butter bekommen hat und was man heute dafür erhält, dann kann man sich ungefähr eine Vorstellung davon machen, wie hoch der Beitrag für den Gewerbeverein heute sein müßte, wenn er derselbe sein sollte, wie vor 75 Jahren. Der Handwerker fordert von uns, daß wir seine Organisation ausbauen und seine wirtschaftlichen Interessen besser vertreten. Das wollen wir, wir wollen dem Handwerker vor allem eine

bessere Verdienstmöglichkeit schaffen, aber das können wir mit den wenigen bezahlten Arbeitskräften, unseren Beamten, nicht. Wir brauchen dazu mindestens einen weiteren Beamten, in der Art eines Sanitäts- oder großen Wirtschaftsverbände, oder eines Arbeitersekretärs. Der eine Beamte wird auf die Dauer aber auch nicht genügen. Es müssen weitere Hilfskräfte eingestellt werden. Das kostet Geld; und die Mittel müssen in der Hauptsache von den Mitgliedern aufgebracht werden. Auch unser Gewerbeblatt müssen wir verbessern. Bei den Unterverbänden im Lande steigen bei der fortschreitenden Entwicklung die finanziellen Bedürfnisse. Die in den Haushaltsplan eingezeichneten Ausgaben sind keineswegs zu hoch gegriffen, im Gegenteil, sie werden noch weiter steigen. Aber ich hoffe, daß wir mit einem Mitgliedsbeitrag für die Zentralverwaltung von 10 M. auskommen werden, den zu bewilligen, ich Sie nochmals bitten, möchte."

Herr Kaufmann Schidel-Oberlahnstein machte den Vorschlag, aus Sparmaßrücksichten das Gewerbeblatt einstweilen noch 14tägig erscheinen zu lassen.

Herr Bäckermeister Schmitt-Breisbach führte aus, die hier anwesenden Abgeordneten würden wohl alle dem Vorsitzenden darin zustimmen, daß die Beiträge erhöht werden müßten und auch bereit sein, die angeforderten 10 M. zu bewilligen. Aber es bestiehe die große Schwierigkeit, die Mitglieder zu Haus von der Notwendigkeit der Beitragserhöhung zu überzeugen und sie bei der Stange zu halten. Denn neben den 10 M. für die Zentralverwaltung müsse doch auch der Lokalgewerbeverein für seine Bedürfnisse einen entsprechenden Beitrag erheben. Die Schwierigkeiten ließen sich vielleicht dadurch leichter überwinden, wenn der Beitrag von 10 M. für die Zentralverwaltung den Mitgliedern auf den zu zahlenden Beitrag für die Fortbildungsschule angerechnet werden könnte. Im allgemeinen sollten die Gewerbevereine von den finanziellen Kosten für die Schule mehr befreit und vom Staat weitere Mittel dafür zur Verfügung gestellt werden.

Dazu bemerkte Herr Gewerbeschulinspektor Kern, daß in der Hauptsache nicht der Gewerbeverein, sondern die Gemeinde der finanzielle Träger der Fortbildungsschule sei. Wenn der Gewerbeverein aus seinen Mitteln nichts für die Unterhaltung der Schule aufwenden könne, so würden die Kosten aus anderen Mitteln gedeckt. Der für die Zwecke des Lokalgewerbevereins zu erhebende Mitgliedsbeitrag könne auf den Schulbeitrag angerechnet werden, nicht aber der an die Zentralverwaltung abzuführende Beitrag von 10 M.

Herr Steinbaurmeister Heich-Wiesbach beantwortete die beantragte Erhöhung des Beitrags für die Zentralverwaltung auf 10 M., die unbedingt erforderlich sei. In Bezug auf die Unterhaltung der gewerblichen Fortbildungsschule möchte er darauf aufmerksam machen, daß gerade die besten Kräfte unter den Handwerkern später in die Industrie abwanderten und es deshalb auch durchaus gerechtfertigt erscheine, daß die Industrie zu den Unterhaltungskosten der Schulen herangezogen würde.

Herr Buchdruckermeister Meier-Müdesheim betonte, daß es richtiger gewesen wäre, wenn der Haushaltsplan vor der Hauptversammlung den Lokalgewerbevereinen zur Stellungnahme gegenüber der Beitragserhöhung ausgegangen wäre. Persönlich sei er für die Erhöhung des Beitrags, aber die Gesamtheit der Mitglieder dafür zu gewinnen, erscheine ihm schwierig.

Herr Dachdeckermeister Löber-Wiesbach verkannte nicht die von den Herren Schmitt und Meier geschilderten Schwierigkeiten. Man müsse aber dem Handwerker vor Augen führen, welche Opfer der Arbeiter und Angestellte für seine Organisation bringe. Diese Beiträge beliefen sich auf jährlich 50 M. und mehr. Wenn der Handwerker wünsche, daß seine Interessen mehr gefördert werden sollten, dann müsse er auch die verlangten Beiträge leisten. Eine Erhöhung auf 10 M. sei unbedingt notwendig.

Herr Malermeister Vogt-Höchst wandte sich gegen die Erhebung von Schulbeiträgen für die gewerblichen Fortbildungsschulen. Der Staat sollte höhere Zuschüsse für die Schulen leisten. Für ihre Organisation seien die Handwerker bereit, höhere Beiträge zu zahlen, wenn die Organisation die wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder in der richtigen Weise wahrnehme. Manche Handwerker verstände immer noch nicht richtig zu kalkulieren. Deshalb sei

es notwendig, durch den Zentralvorstand unter Mitwirkung der Berufsgruppen Preis-Tarife für die einzelnen Handwerkszweige aufzustellen. Ferner müsse das Nassanische Gewerbeblatt besser ausgestaltet werden und in erster Linie den Handwerkerinteressen Rechnung tragen. Erwünscht sei ein engeres Zusammenarbeiten der Handwerkskammer mit dem Zentralvorstand. Die Handwerkskammer sollte dem Gewerbeverein Mittel für die Gewerbebeförderung zur Verfügung stellen, denn die Beiträge zur Handwerkskammer würden doch in der Hauptsache von den Handwerkern geleistet.

Herr Hoffmann-Raben-Obernieser trat ebenfalls sehr energisch für die beantragte Erhöhung des Beitrags an die Zentralverwaltung auf 10 M ein, ebenso die Herren Tapeziermeister Wille-Obernieser und Fabrikant Dörmann-Weilheim. Herr Raben führte dabei noch folgendes aus: Wir wollen eine neue Organisation schaffen, bei der das Handwerk an der Spitze und die Schule an zweiter Stelle steht. Wenn der Verein etwas für das Handwerk erreichen will, dann müssen ihm auch die Mittel zur Verfügung gestellt werden, die dazu unbedingt notwendig sind. Was dem Handwerk ungenützlich ist, das ist die wirtschaftspolitische Betätigung. Aber dies erfordert Geld. Wenn die erhofften Erfolge der Organisation ausbleiben, dann ist es ja der nächstjährige Versammlung vorbehalten, andere Beschlüsse zu fassen.

Herr Zattlermeister Kirchhöfer-Niederlöhner bestrich den Austritt von Mitgliedern durch die geforderte Beitragserhöhung. Sichtlich erweise es empfehlenswert, zunächst den Beitragsanteil für die Zentralverwaltung auf 8 M festzusetzen und nach und nach weiter zu erhöhen.

Demgegenüber betonte der Vorsitzende nochmals die zwingende Notwendigkeit des beantragten Beitrags von 10 M schon für das laufende Jahr. Auf der anderen Seite bestehe zweifellos die Gefahr, daß manche Mitglieder austreten würden. Um diese Gefahr möglichst zu vermeiden, sei es Sache der Abgeordneten, baldige Einberufung von Versammlungen zu Hause in ihren Mitgliederkreisen auszusprechen und wirken, den Mitgliedern an Hand praktischer Beispiele, wie sie heute gegeben worden seien, die außerordentliche Geldentwertung auf der einen Seite, und auf der anderen Seite die Vorteile und den Nutzen vor Augen zu führen, die den Handwerkern durch die beabsichtigten Maßnahmen für die Gewerbebeförderung zugute kommen sollten. Es müsse unser aller eifrigstes Bemühen sein, unsere Mitglieder von der Notwendigkeit der Beitragserhöhung zu überzeugen und sie dem Verein zu erhalten.

Die Herren Gärtnermeister Sanner-Ems und Hofphotograph Schilling-Königsheim traten die Ansicht, daß selbst ein Beitrag von 8 M für die Zentralverwaltung noch nicht ausreichend sein werde. Sie hätten geglaubt, daß ein höherer Beitrag verlangt werden würde.

Nachdem ein Antrag auf Schluß der Versammlung gestellt und angenommen war, wurde zur Abstimmung geschritten und der Antrag des Zentralvorstandes:

den Beitrag für die Zentralverwaltung für das Rechnungsjahr 1920 auf 10 M festzusetzen, mit 145 gegen 22 Stimmen genehmigt.

Damit fand auch der vorgetragene Haushaltsplan für 1920 Genehmigung. Auf Wunsch der Versammlung soll es einstweilen bei dem bisherigen Erscheinen des Gewerbeblattes bleiben werden.

Die Höhe der Reisekosten für die Mitglieder des Zentralvorstandes wurden auf dessen Vorschlag wie folgt festgesetzt:

Erlaß der Reisekosten 3. Wagenklasse, Tageselder für Teilnahme an Versammlungen usw. im Wohnort 15 M und auswärts 25 M nebst Übernachtungsgebühren.

Die Reisekosten und Tageselder für die Abgeordneten der Bezirksverbände und Einzelvereine werden von diesen selbst festgesetzt.

VI. Die Versammlung beschloß sodann, den amtierenden Zentralvorstand mit der Befreiung der Vereinsgeschäfte zu beauftragen, bis die Neuwahl des Zentralvorstandes auf Grund der neuen Satzungen stattgefunden hat.

VII. Die Wahl des Ortes der nächsten Hauptversammlung konnte heute noch nicht vorgenommen werden, weil eine Entscheidung dazu nicht vorlag. Es wurde daher die Bestimmung des Ortes dem Zentralvorstand überlassen.

VIII. Auf Vorschlag des Zentralvorstandes beschloß die Versammlung einstimmig, die Herren Regierungspräsident Büchting zu Pögnitz (früher Landrat in Limburg und langjähriger Mitglied des Zentralvorstandes) und Rentner Ab. Passavant in Wiesbrich in Anerkennung ihrer hervorragenden Verdienste um den Verein zu Ehrenmitgliedern des Gewerbevereins für Nassau zu ernennen.

IX. Zur Behandlung in der heutigen Versammlung waren noch folgende Anträge eingegangen:

1. „Der Zentralvorstand wolle bei den maßgebenden Stellen für die Aufhebung der Zwangswirtschaft der Baumaterialien eintreten.“ (Antragsteller: Gewerbeverein in Elz.)

2. „Der Zentralvorstand wird ersucht, bei der Postbehörde dahin zu wirken, daß Elz in den Rostortbriefverkehr von Elz einbezogen wird.“ (Elz.)

3. „Der Zentralvorstand möge dahin wirken, daß der Werthholzverkauf nur auf Holzversteigerungen und zwar in kleinen Losen erfolgt und nicht wie bisher auf dem Submissionswege.“ (Elz.)

4. „Die Hauptversammlung wolle den Zentralvorstand beauftragen, bei den Kreisämtern dahin vorstellig zu werden, daß zu den Unterhaltungskosten der gewerblichen Fortbildungsschulen auch die eingeschulten Nachbarmeinunden herangezogen werden.“ (Kirberg.)

5. „Die Hauptversammlung wolle den Zentralvorstand beauftragen, bei dem Eisenbahn-Minister zu beantragen, die bei den staatlichen Eisenbahn-Verständen im hiesigen Eisenbahn-Direktionsbezirk und auch in anderen Landesstellen bestehenden Schneider- und Schuhmacher-Verhältnisse aufzuheben. Ferner wolle sich der Zentralvorstand mit den gewerblichen und handwerklichen Organisationen an den anderen Orten, in denen solche Verhältnisse ebenfalls bestehen, in Verbindung setzen, um in gemeinsamer Eingabe der Forderung größerer Nachdruck zu verleihen.“ (Limburg.)

6. „Der Zentralvorstand wolle dahin wirken, daß das Handwerk eine ausreichende Vertretung im Reichswirtschaftsrat erhält.“ (Herborn.)

7. „Die Hauptversammlung wolle beschließen, den Zentralvorstand zu beauftragen, an zuständiger Stelle dahin vorstellig zu werden, daß bei der Neuordnung der Post- und Fernsprechnetze für die Gewerbetreibenden die Fernsprechnetze sowie die verlangte Kautionssumme von 1000 M je nach dem Umfang des Gewerbebetriebs gekürzt und für kleinere Betriebe ermäßigt werden.“ (Herborn.)

8. „Die Hauptversammlung wolle sich für die Abschaffung des Achtstundentags im Handwerk aussprechen und den Zentralvorstand ersuchen, dahin zu wirken, daß wenigstens in Betrieben bis zu 20 Arbeitern täglich 10 Stunden gearbeitet werden darf.“ (Herborn.)

9. „Der Zentralvorstand möge bei der Nass. Brandversicherungsanstalt erneut die Aufnahme der Mobilierversicherung beantragen.“ (Herborn.)

10. „Der Zentralvorstand wolle an maßgebender Stelle veranlassen, daß die Verkaufspreise der rationierten Lebensmittel anderweitig festgesetzt werden.“ (Grenzhausen.)

11. „Der Zentralvorstand wolle sich bei der Eisenbahnverwaltung um eine Verbesserung des Personenverkehrs zwischen der Station Höhr-Grenzhausen und dem Rhein und dem Westerwald bemühen.“ (Höhr.)

12. „In der 71. Hauptversammlung wird eine Aussprache über die Wiedereinführung der Schülerzeitkarten zum Besuche der Fach- und Fortbildungsschulen in Wiesbrich erbeten.“ (H. Bauer, Fachlehrer der Friseur-Zwangsinnung.)

Der letzte Antrag war verfallen eingegangen, von der Kommission aber als zur heutigen Verhandlung zulässig erklärt worden.

Der Antrag Nr. 2 zog der Vertreter von Elz zurück. Der Antrag Nr. 6 hatte inwieweit Erledigung gefunden. Die übrigen Anträge wurden nach näherer Begründung dem Zentralvorstand zur weiteren Veranlassung überwiesen.

X. Ueber die Organisation des Nassanischen Verbandes sprach der Vorsitzende des Verbandes Deutscher Gewerbevereine und Handwerkervereinigungen, Herr Geh. Regierungsrat Noack aus Darmstadt. Er dankte zunächst für die freundliche Begrüßung, beklagte die Abwesenheit des Herrn zu seinem 75jährigen Geburtstag sowie zu dem heutigen Beschluß über den Ausbau seiner Organisation, die im kleinen das bezwecken wolle, was sich der Reichsverband des deutschen Handwerks zum Ziel gesetzt habe. Der Redner verbreitete sich des näheren über die Be-

schlußvorlage für den 20. Deutschen Handwerks- und Gewerbeverbandstag, wonach durch Erlass eines besonderen Handwerker-Bereiches oder Abänderung der Gewerbeordnung die künftige Gliederung des Handwerks und Kleingewerbes in Gliederungen, Innungsauslässe, Handwerksauslässe, Bezirksfachverbände, Innungsverbände, Handwerks- und Gewerbevereine und den Deutschen Handwerks- und Gewerbeverbandstag gefordert würde. Zu dieser Beschlusvorlage seien bereits zahlreiche Abänderungsvorschläge eingereicht worden und die weiteren Beratungen würden voraussichtlich zu ganz neuen Vorschlägen führen. Deshalb ersuche es verfrüht, heute schon zu der Sache Stellung zu nehmen.

Eine Besprechung des Vortrags fand nicht statt.

Herr Tapeziermeister Wille-Obernieser machte den Vorschlag, die nächste Hauptversammlung zunächst an einem Sonntag abzuhalten, damit dem Handwerker nicht so viel Arbeitszeit verloren gehe.

Der Vorschlag soll in Erwägung gezogen werden.

Von Herrn Schuhmachermeister Stein-Erbenheim wurde namens der Schuhmacher-Zwangsinnung für den Landkreis Wiesbaden der Wunsch ausgesprochen, es möchten für den Nachunterricht der Schuhmacher in den gewerblichen Fortbildungsschulen Fachleute herangezogen werden.

Die Herren Schreinermeister Wolf-Bodenhausen und Hofphotograph Schilling-Königsheim ersuchten den Zentralvorstand, dahin zu wirken, daß die Spiritusverteilung an die Schreiner zunächst wieder an deren Wohnort erfolge oder daß mehr Zweigstellen für die Spiritusverteilung errichtet werden, um zerräubernde Gänge nach der nächsten Stadt zum Abholen des Spiritus zu vermeiden.

Hiermit war die Tagesordnung erschöpft.

Namens der Versammlung dankte Herr Bauunternehmer Bröck-Limburg dem Vorsitzenden für die umsichtige Leitung der Verhandlungen und brachte ein von der Versammlung beauftragtes aufgenommenes Hoch auf denselben aus.

Der Vorsitzende dankte für diese Ehrung, sowie dem Gewerbeverein Limburg für die gastliche Aufnahme und die aufgewandte Mühe und Arbeit, dankte weiter den Abgeordneten für die rege Teilnahme an den Verhandlungen und schloß gegen 2 Uhr die Versammlung mit dem Wunsch auf ein frohes Wiedersehen im nächsten Jahre.

Nach dem gemeinschaftlichen Mittagessen fand eine Besichtigung der von der gewerblichen Fortbildungsschule Limburg in deren Unterrichtsräumen im alten Schloß veranstalteten Ausstellung von Schülerarbeiten statt, der lebhafteste Anerkennung gezollt wurde.

Für den engeren Vorstand des Gewerbevereins für Nassau.
Dr. Videl. A. Wolff.
Der Verhandlungschriftführer.
Eckardt.

Die wichtigsten Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes.

Wann und wo sind die Betriebsräte zu errichten?

Betriebsräte sind zu errichten in allen Betrieben, die in der Regel mindestens 20 Arbeitnehmer beschäftigen. Werden nur zwischen 5 und 20 Arbeitnehmer beschäftigt, so ist ein Betriebsobmann zu wählen; in landwirtschaftlichen Betrieben, wenn mindestens 10 ständige Arbeitnehmer vorhanden sind. Die Betriebsräte haben die gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer (Arbeiter und Angestellte) wahrzunehmen. Zur Wahrnehmung der besonderen wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter und Angestellten des Betriebs dem Arbeitgeber gegenüber sind in allen Betrieben, in denen Betriebsräten Arbeiter und Angestellte vertreten sind, Arbeiterräte und Angestelltenräte zu errichten. In Betrieben, die mindestens 20 Hausgewerbetreibende (§ 119 b der Gewerbeordnung) beschäftigen, welche in der Hauptsache für denselben Betrieb arbeiten und keine Arbeitnehmer beschäftigen, muß ein besonderer Betriebsrat für die Hausgewerbetreibenden errichtet werden. Die Betriebe der Gewer-

Schiffahrt und der Binnenschiffahrt fallen nicht unter das Gesetz.

Zusammensetzung und Wahl der Betriebsräte.

Der Betriebsrat hat 3 Mitglieder bei 20 bis 49 Arbeitnehmern, 5 bei 50 bis 99, 6 bei 100 bis 199, 7 bei 200 bis 400, 8 bei 400 bis 600, 9 bei 600 bis 800, 10 bei 800 bis 1000 Arbeitnehmern. Für je 500 weitere Arbeitnehmer bis 6000 und darüber hinaus für je 1000 Arbeitnehmer erhöht sich die Mitgliederzahl um 1 bis zur Höchstzahl von 30. Sind 9 oder mehr Mitglieder vorhanden, so wählen diese einen Betriebsausschuß von 5 Mitgliedern. In gleichartigen oder nach dem Betriebszweck zusammengehörigen Betrieben, die sich innerhalb einer Gemeinde bzw. Nachbargemeinden in der Hand eines Eigentümers befinden, so kann auf einen übereinstimmenden Beschluß der Einzelbetriebsräte neben diesem ein Gesamtbetriebsrat oder ein gemeinsamer Betriebsrat errichtet werden.

Die Wahl zu den Betriebsräten erfolgt in unmittelbarer und geheimer Wahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl auf die Dauer eines Jahres und zwar so, daß die Arbeitnehmer von den Arbeitern, die Angestelltenmitglieder von den Angestellten des Betriebs aus ihrer Mitte gewählt werden. Der nur vorübergehend beschäftigte Teil der Arbeitnehmer wählt einen Vertreter, der der Betriebsvertretung beiträgt. Ist die Zahl der vorübergehend Beschäftigten größer als 100, so kann auf Wehrheitsbeschluß sämtlicher wahlberechtigter Arbeiter ein Betriebsrat neu errichtet werden. Die Arbeiter- und Angestelltenvertreter können in gemeinsamer Wahl aller Arbeitnehmer gewählt werden, wenn diese die geheimen getrennten Abstimmungen mit Zweidrittelmehrheit beschließen. Zur Wahl berechtigt sind alle mindestens 18 Jahre alten männlichen und weiblichen Arbeitnehmer. Wählbar sind die mindestens 24 Jahre alten, reichsangehörigen Wahlberechtigten, die nicht mehr in Berufsausbildung sind und am Wahltag mindestens 6 Monate dem Betrieb oder dem Unternehmen, sowie mindestens 3 Jahre dem Gewerbe- oder Berufszweig angehören, in dem sie tätig sind. Die erste Wahl zu den Betriebsräten ist spätestens 6 Wochen nach Inkrafttreten des Gesetzes einzuleiten.

(Bd. Gewerbe- und Handwerkerzeitung.)

Eine wissenschaftliche Abteilung beim Reichsverbande des deutschen Handwerks.

Den Glanzen an Deutschlands wirtschaftliche Zukunft, der im Reichsverbande des deutschen Handwerks einen bereicherten Ausdruck findet, spiegelt der Beschluß aus der letzten Ausschußsitzung des Handwerkskammertages wieder: „die Gründung einer wissenschaftlichen Abteilung beim Kammertag des deutschen Handwerks“ in Erwägung zu ziehen. Die gegenwärtige Zeit gibt für eine derartige Einrichtung einen gewissen Anknüpfungspunkt, denn unser ganzes Wirtschaftsleben steht jetzt gewissermaßen zwischen seinen beiden Polen, zwischen der Freiheit aller wirtschaftlichen Betätigung und zwischen der Beibehaltung des staatlichen Zwanges und des Gebundenseins, wie es das Kriegserfordernis mit sich gebracht hat. Wir können noch nicht erkennen, ob die alte Freiheit oder die neue Bindung den Sieg davontragen wird. Welche Stellung das Handwerk darin einnehmen wird, ist ganz unklar.

Unbestritten ist, daß das Handwerk heute wieder mehr die Grundlage unserer heutigen Wirtschaft geworden ist, trotzdem interessiert sein Schicksal über die Handwerkskreise hinaus niemand, es bleibt das Stiefkind der Zeit, so wie es war, als man seinen Untergang prophezeite. Und die Wissenschaft? Sie geht mit großer Geste über das Handwerk hinweg, für sie ist es einfach das Kleingewerbe mit lokalem Absatz. Dieser ist die Wissenschaft in das Wesen dieses heute wieder so wichtigen volkswirtschaftlichen Körpers nicht eingebracht. Die

sonst so umfangreiche Wirtschaftswissenschaft hat sich noch nicht die Mühe genommen, die Lage des Wirtschaftslebens anders zu beurteilen, als von der Lage der Industrie und des Handels aus. Industrie und Handel machen nach diesen Urteilen, die die öffentliche Meinung beherrschen, auch das Wirtschaftsleben von heute aus. Die richtige volkswirtschaftliche Wertung des Handwerks festzustellen, soll eben die Aufgabe der neuen wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung beim Reichsverbande des Handwerks sein. Sie soll die wirtschaftlichen Zustände des 20. Jahrhunderts erforschen und darstellen. Hierbei sollen die besonderen sozialwirtschaftlichen Massenerscheinungen des einzelnen Handwerks und des Handwerksbetriebes in Deutschland untersucht werden. Die Frage nach der volkswirtschaftlichen Bedeutung des deutschen Handwerks zerfällt in drei Probleme:

1. Welche Bedeutung hat das deutsche Handwerk als Berufsstand?
2. Welchen Anteil an der Produktion hat das deutsche Handwerk?
3. Welche sozialwirtschaftlichen Massenerscheinungen gedeihen auf dem Boden des deutschen Handwerks?

Die zweite Aufgabe ist die Ueberwachung der Verhältnisse anderer wirtschaftlichen Interessenverbände mit dem Handbrot und die Tätigkeit der handwerklichen Organisationen, um ein Bild der wirtschaftlichen Macht und Leistungsmöglichkeit zu geben.

Die Abteilung besteht demnach aus einem wirtschaftlichen Forschungsinstitut für Handwerkerpolitik und aus einer Zentralsammelstelle wirtschaftswissenschaftlicher Nachrichten. Wie dringend notwendig diese Nachrichtenstelle ist, kann nur derjenige würdigen, der den Versuch macht, bei irgend einer Behörde Auskunft über die gegenwärtigen Verhältnisse zu erhalten und dabei feststellen kann, daß alle Bemühungen ergebnislos sind. Aus diesen wenigen Feststellungen ist die Wichtigkeit des Vorhabens zu erkennen.

(Mitteilungen der Handwerkskammer Saarbrücken.)

Industrie und Handwerk.

Im „Hamburgischen Korrespondenten“, dem ältesten Hamburger Handels- und Börsenblatt und der bedeutendsten Schiffsfahrtszeitung Deutschlands, wurde in Nr. 5 vom 4. Januar ein Artikel „Die Zukunft des deutschen Handwerks von Herrn Joh. Hirsch veröffentlicht, der es verdient, wenigstens im Auszug hier veröffentlicht zu werden. Der Verfasser schreibt:

Zunächst möchte ich allen denen, die an eine Vergewaltigung des deutschen Handwerks durch gesetzliche Maßnahmen denken und einer Änderung der Grundlagen unseres Handwerks das Wort reden, zurufen: „Hände weg“ von den bewährten Einrichtungen; wer die Grundlagen des Handwerks erschüttert, veründigt sich an unserem gesamten Wirtschaftsleben, denn die Grundlagen des Handwerks sind auch die Grundpfeiler unserer Industrie wie unserer Leistungsfähigkeit auf dem Weltmarkt.

Seit aus den nomadisierenden Stämmen feste Menschen in Siedlungen, Dörfern, Städten und Großstädten wurden, sich der Ackerbürger vom Handwerker sonderte und die Teilung der Arbeiten bestimmte Berufe schuf, hat das Handwerk seine schöpferische Kraft bewahrt, aufwärts bis zu den Höhen des Kunstgewerbes und der Kunst und ausgebreitet bis zur Großindustrie, immer auf dem Boden der handwerksmäßigen Lehre und Weiterbildung stehend, ist dieser Boden auch zu allen Zeiten der goldene Boden des Handwerks gewesen und geblieben.

„Handwerk hat einen goldenen Boden.“ Wie häufig hat man spöttelnd in den letzten Jahrzehnten gesagt, der goldene Boden sei durch die Entwicklung zur Industrie dem Handwerk erschlagen. Je häufiger diese Behauptung geäußert wurde, desto mehr Gläubige fand sie, und selbst mancher Handwerksmeister hat sie, wenn ihm mit oder ohne seine Schuld, die Folge seines Wirkens ausblieben, weiterver-

breitet, trotzdem jeder bei einiger Ueberlegung und sachlicher Prüfung sich vom Gegenteil überzeugen konnte.

Die Industrie, hervorgegangen aus dem Handwerk, war und ist nur denkbar durch die Unterstützung aus dem Handwerk. Die Meister und Leiter der Werke entstammen dem Handwerk; ohne sie wären die Leistungen der Industrie undenkbar; bei aller Teilung der Arbeit, bei aller maschinellen Einrichtung, bei der gewaltigen Zahl der ungelerten Arbeiter und ihrer Verwendung zu Teilarbeiten gehört immer und allezeit die leitende Hand des handwerksmäßigen Lehre erzeugten Facharbeiters dazu, um Werte zu schaffen. Wir dürfen getrost behaupten, daß die Entwicklung der außerdeutschen Industrien, vor allem der amerikanischen, nur möglich war durch die deutschen ausgewanderten Handwerker, deren sich die geschäftsgewandten Amerikaner bedienten. Möge uns Gott bewahren vor einer Abwanderung dieser Kräfte aus Deutschland, jetzt wo wir sie dringender benötigen als Rohstoffe und fremdes Kapital.

Es fließt ein gewaltiger Zwiespalt zwischen der gewaltigen Arbeitslosigkeit in den Großstädten und der geringen Leistungsfähigkeit unserer Industrie und des Handwerks. Alle Aufträge können nur bedingungsweise ausgeführt werden, unbestimmte Lieferfristen und freibleibende Preisforderung begegnen einem fast jedem größeren Auftrag, wie reimt sich das zu der großen Arbeitslosigkeit? Neben der ungenügenden, unsicheren Versorgung mit Rohstoffen, vornehmlich durch den Mangel beruht, d. h. handwerksmäßig gebildeter Arbeiter und die sich daraus ergebende Lehre und Forderung ist: Förderung des Handwerks und damit der Industrie durch Ausbildung eines tüchtigen Nachwuchses.

Lange Zeit vor dem Kriege schon habe ich diese Forderung häufig und dringend lauten lassen; der Erfolg ist gering gewesen. Einzelne Berufe, vor allem Maschinenbauer, Elektrotechniker und Bauhandwerker, hatten reichen Zulauf, auch aus den Kreisen der guten Schüler, selbst aus höheren Schulen, ja, hier hat zum Teil ein Ueberangebot eine Art Vehlrlingsnützer hervorgebracht, sehr zum Schaden der Vehlrlinge wie der Berufe selbst. In den meisten anderen Handwerken herrscht Mangel, der sich jetzt bitter rächt. Den Vehlrlingen wie den Eltern schwebte bei der Wahl des Berufes in den genannten Fällen in der Zukunft schon immer der zukünftige Ingenieur oder Architekt vor, aber auch hier heißt es: Viele sind berufen und nur wenige sind auserwählt.

Die Ausbildung des handwerklichen Nachwuchses ist zurzeit eine wichtige Frage; es nimmt deshalb nicht wunder, wenn man sich mit diesen Fragen auch in Kreisen beschäftigt, die nicht zum Handwerk gehören, und versucht, diese Ausbildung auf einem anderen Wege als durch die Berufenen, die Handwerksmeister, zu erreichen. Auch hier möchte ich wieder warnend sagen: „Hände weg“! Laßt die Grundlagen der Ausbildung unseres Nachwuchses unerschüttert, rührt nicht an der Verpflichtung zur Ableitung einer Handwerkslehre keine Fachschule, keine Schülerwerkstatt, wie ich erkenne, was die Handwerkslehre gibt. Hier lernt und sieht der Vehlrling alle kleinen und großen Fertigkeiten, hier lernt er Materialkunde und Sparsamkeit, hier wächst durch Beispiel und Nachahmung praktischer Tätigkeit die Geschicklichkeit, hier sieht der Vehlrling schon was geleistet werden muß, um im Wettbewerb nicht zu unterliegen, und selbst die kleinen Sorgen und Mühen des Ausräumens und Sauberhaltens von Raum und Geschirr, die Herbeischaffung und Lagerung von Rohmaterial geben ihm schon früh ein Bild von der Verantwortung des Meisters, sie schaffen ihm ein Bild seiner Zukunft.

Der theoretische Unterricht der Gewerbe- und Fortbildungsschulen ist notwendig und unentbehrlich, das hat das Handwerk früh erkannt, die Anfänge aller dieser Einrichtungen haben ihren Ursprung im Handwerk selbst. Handwerksmeister sind die Gründer dieser Schulen gewesen. Aber nie ist es ihnen in den Sinn ge-

kommen, diese Schulen als Ersatz der Handwerkslehre zu betrachten, immer und auch heute noch kann die Schule nur eine Ergänzung der Handwerkslehre sein. Auf einem gesunden Nachwuchs beruht unsere ganze Zukunft, die des Handwerks nicht zum mindesten. Deshalb, Augen offen halten, ihr Freunde des Handwerks und der Industrie. Industrie und Handwerk sind untrennbar, sie gehen ineinander über, sie ergänzen sich und sie ziehen sich. Seit die Ausnutzung der motorischen Kraft, besonders der elektromotorischen Anlagen, ein Gemeingut geworden, ist die Leistungsfähigkeit des Handwerks der Industrie gleichgestellt, ohne daß es seine Eigenart als Handwerk verloren hat, es ist auch eine ganz unverfälschte Großmannsfrage, wenn Handwerksmeister, die durch die Ausnutzung dieser Kräfte ihre Betriebe gewaltig vergrößern konnten, jetzt sich als Industrielle fühlen und absondern wollen. Industrielle und Handwerker stehen nicht untereinander, sondern nebeneinander als gleichwertige Brüder. Handwerksmeister sein, heißt mindestens soviel wie Fabrikant sein; die Erzeugnisse beider sollen unsere deutsche Zukunft wieder besser gestalten.

Unsere deutsche Zukunft, darin ist eingeschlossen die Zukunft des deutschen Handwerks, das Handwerk ist auf Gedeih und Verderb mit dem gesamten deutschen Wirtschaftsleben verknüpft. Däster und ungewiß liegt die kommende Zeit vor uns. Das eine aber wissen wir bestimmt, daß wir auf unsere alte, bewährte Leistungsfähigkeit, auf Arbeit und Geschicklichkeit angewiesen sind, wenn wir uns aus all dem Jammer und all den Nöten unseres Tiefstandes herausbringen wollen; dazu sind die Kräfte des Handwerks in erster Linie berufen, beispielgebend soll das Handwerk vorangehen, und ermunternd möchte ich sagen, dem Handwerk werden zunächst die Früchte unseres neuen Wirtschaftslebens reifen. Geschickte und fleißige Handwerksmeister brauchen sich nicht klein und schwach zu fühlen. Dem deutschen Handwerk, dessen Arbeiten gesucht sind in aller Welt, dem deutschen Handwerk, das unserer Industrie wieder neue Säfte und Kräfte zuführen wird, gehört die Zukunft, es wird wieder auf goldenem Boden stehen.

Gott segne das ehrebare Handwerk!

Kurze Mitteilungen.

Das Präsidium des Hanja-Bundes zur Gleichberechtigung der Unternehmerschaft.

Die am 27. März stattgefundene Präsidial-sitzung des Hanjabundes, die sich eingehend auch mit der durch die weitgehenden Forderungen der Gewerkschaften bei der Neubildung des Reichs geschaffenen Lage beschäftigte, stellte fest, daß die Forderungen der Gewerkschaften, insbesondere auch die Art ihrer Vertretung, eine unerträgliche, weil einseitige Bevorzugung einer Klasse darstelle. Der nachdrücklichen Einwirkung der Gewerkschaften auf die Regierung vonseiten der Unternehmerschaft bzw. des erwerbstätigen Bürgertums entgegenzutreten, mußte leider im Augenblick an der Zersplitterung der in Frage kommenden Organisationen scheitern. Es wird deshalb nachdrücklich die Schaffung der geschlossenen Einheitsfront als das gegebene Mittel zur Wahrung der Gleichberechtigung der schaffenden Stände gefördert werden. Die Landesverbände und Ortsgruppen des Hanjabundes sind angewiesen, in der Richtung des Zusammenschlusses insbesondere der wirtschaftlichen lokalen Verbände aus Handel, Gewerbe und Industrie den nötigen Unterbau sofort zu schaffen.

Gegenüber den vielfach gerade jetzt wieder vorgebrachten Wünschen nach Schaffung einer Wirtschaftspartei, vertrat das Präsidium den bereits früher festgelegten Standpunkt, daß die Wirtschaftspartei nur eine weitere Zersplitterung des parteipolitischen Lebens bedeuten würde. Wohl aber werden vom Präsidium alle Mittel angewandt werden, damit die Parteien hervorragende, auch vom Hanjabund vorzuschlagende Führer aus Gewerbe, Handel und Industrie an aussichtsreicher Stelle oder auf

die Reichsliste stellen. Erst da, wo die bürgerlichen Parteien sich dazu nicht bereit erklären sollten, wurde beschlossen, geeignete weitere Maßnahmen vorzubereiten. In diesem Falle soll die Parole heißen: Männer zu wählen, die ohne Rücksicht auf Partei- oder Klasseninteressen dem schnellsten wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands zu dienen bereit sind.

Das Präsidium beschloß ferner, die bisher geleistete wirtschaftliche Aufklärungsarbeit mit Hilfe der Wirtschaftsverbände in großzügiger Weise weiterzuführen, einheitlich zu organisieren und so weiter auszubauen.

Handwerkerrecht und Arbeiterrecht.

Der Nordwestdeutsche Handwerkerbund schreibt uns: „Das Handwerkerrecht, gesetzlich gewährleistet durch die Reichsgewerbeordnung, ist ein anderes als das sogenannte Arbeiterrecht mit seinen ganz anders gearteten Forderungen. Trotzdem sucht man im neuen Reich das Handwerk seiner gesetzlichen Sonderstellung zu berauben und den Arbeiterforderungen unterzuordnen. Alle bisherigen Maßnahmen und Gesetze der Reichsregierung beweisen das leider. — Hier müssen wir ein energisches „Nein“ gebieten. Soll unsere deutsche Wirtschaft nicht empfindlichen Schaden leiden, soll das Handwerk nicht seinen berechtigten Ehrenplatz im Wirtschaftsleben verlieren, dann muß es unter allen Umständen seine bisherige Gesetzgebung nicht nur behalten, sondern den berechtigten Interessen entsprechend den gegenwärtigen Zeiten anpassen und erweitern können. — Das Handwerk ist in seiner wirtschaftlichen Eigenart und Bedeutung zu gut und zu ernst, es darf samt seinen Organisationen niemals zum Gegenstande politischen Strohhandels herabgewürdigt werden. Wir verpflichten uns der neuen Zeit gewiß nicht, lehnen es aber ab, grundsätzliche Tätigkeit, wie wir sie allenthalben ringsumher sehen, nachzuahmen. Wir wünschen das erprobte Gute aus Deutschlands höchster Blütezeit mit Hingabe zu übernehmen in die angebrochene neue Zeit.“

Wettbewerb für Wohnungsausstattungen.

Für Erlangung kunstgewerblicher Originalentwürfe für neuzeitliche Einrichtungen gediegener Wohn- und Schlafzimmern veranstaltet die Reichs-schrift „Der Süddeutsche Möbel- und Baupfleger“ einen Wettbewerb mit Einlieferungsfrist bis 1. Juni d. J. Für Preise und Ankäufe ist die Gesamtsumme von 5000 Mk. festgesetzt. Die Wettbewerbsbedingungen sind durch den Verlag des Blattes Greiner & Pfeiffer, Stuttgart) kostenlos zu beziehen.

Aus den Kreisverbänden.

Der Kreisverband für Handwerk und Gewerbe für den Kreis Gießen.

veranstaltet z. Bt. in Höchst a. M. einen Vorbereitungskursus für die Meisterprüfung, der am 30. April eröffnet wurde.

Gaiger (Dillkreis).

Der Kreisverband für Handwerk und Gewerbe hielt am 16. v. Mts. im Gasthaus Reuter hier eine Kreisversammlung ab. Der Vorsitzende H. Richter begrüßte die zahlreich erschienenen Vertreter der angeschlossenen Innungen und Vereinigungen, besonders den Vertreter des Kreises, stellv. Landrat v. Dansemann und den Vertreter der Stadt Gaiger, Bürgermeister Ried. Die Verhandlungen waren sehr anregend und lehrreich. Die verschiedenen Anträge, besonders die des Gewerbevereins Dorn, lösten längere Debatten aus, zu denen auch v. Dansemann sprach. Mit Dankesworten für die Erschienenen schloß der Vorsitzende die gut verlaufene Versammlung und gab der Hoffnung Ausdruck, daß der Kreisverband sich weiter entwickeln möge.

Aus Nassau.

Einführung neuer Zwangsinnungen.

Nach Durchführung des Abstimmungsverfahrens werden zum 1. Juni 1920 nachstehende Zwangsinnungen errichtet:

1. für das selbständige Metzger-Handwerk im Bezirke des Unterraumkreises mit dem Sitz in Lg. Schwalbach,
2. für das selbständige Wagner-Handwerk im Bezirke des Unterraumkreises mit dem Sitz in Lg. Schwalbach,
3. für das selbständige Anstreicher-, Maler- und Lackierer-Handwerk im Bezirke des Kreises St. Goarshausen mit dem Sitz in Oberlahnstein, unter Umwandlung der bestehenden freien Innung in eine Zwangsinnung.

Handwerkskammer Wiesbaden.

Einladung

zur 29. Vollversammlung am Dienstag, den 18. Mai 1920, vormittags 10 Uhr, im Bürgeraal des Rathauses zu Wiesbaden, Schloßplatz.

Tagesordnung:

1. Eröffnung durch den Vorsitzenden.
2. Feststellung der Anwesenheitsliste
3. Erstattung des Geschäftsberichts
4. Bericht über die Tätigkeit der Vermittlungskstelle (Der Syndikus).
5. Das Umsatzsteuergesetz (Herr Dr. Goerke).
6. Neuwahl der ständigen Ausschüsse:
 - a) Ausschuss für das Lehrlingswesen
 - b) Rechnungsausschuss
 - c) Berufungsausschuss
 - d) Ausschuss für das Genossenschaftswesen (Herr Feger).
7. Abnahme der Jahresrechnung von 1919/20 (Rechnungsausschuss).
8. Neuregelung der Gehaltsverhältnisse der Beamten und Hilfskräfte (stellv. Vorsitzender Herr Haude).
9. Erhöhung der Entschädigungssätze für die Mitglieder der Meisterprüfungs-Kommissionen und der Gesellenprüfungsausschüsse (Herr Feger).
10. Erhöhung der Meister- und Gesellenprüfungsgeldern (Herr Haude).
11. Neuregelung der Reisekosten
12. Festsetzung des Haushaltsplans für 1920/21
13. Festsetzung des Prozentfusses für die Veranlagung der Gemeinden (Herr Stadtrat Meier).
14. Erhöhung der Mindestlehrszeit für weibliche Lehrlinge der Damenschneidererei, für Friseurinnen und Putzmaschinen auf 3 Jahre (Herr Müller-Ems).
15. Erhebung einer Gebühr für Einschreibung in die Lehrlingsrolle (Herr v. d. Emden).
16. Einheitliche Regelung des Lehrlingswesens im Friseurhandwerk (Der Syndikus).
17. Aussprache über die Lehrlingsfrage (Der Syndikus).
18. Verschiedenes.

Der Vorsitzende: H. Carstens.

Anträge und Anfragen zu dieser Vollversammlung bitten wir sofort an die Geschäftsstelle der Handwerkskammer einzureichen. Wer am Erscheinen verhindert ist, wolle alsbald Nachricht geben, damit der Ersatzmann rechtzeitig eingeladen werden kann.

Bekanntmachung

Nachdem die Tücher-, Maler- und Anstreicher-Zwangsinnung für den Kreis Limburg bzw. der Gesellenprüfungsausschuss dieser Innung errichtet ist, sind die seinerzeit von der Handwerkskammer im Kreis Limburg errichteten Gesellenprüfungsausschüsse zu Limburg: Vorsitzender Herr Hartmann, zu Camberg: Vorsitzender Joh. Ruff und zu Bademar: Vorsitzender Frz. Schmidt überflüssig geworden. Vorsitzender des Gesellenprüfungsausschusses der Tücher-, Maler- und Anstreicher-Zwangsinnung für den Kreis Limburg ist der Tüchermeister Th. Seibel in Limburg. Alle Anmeldungen zur Gesellenprüfung haben künftig bei letzterem zu erfolgen.

Wiesbaden, den 29. April 1920.

Die Handwerkskammer.

Der Vorsitzende: Der Syndikus:
Carstens. Schroeder.

Beitrag Steuerberatung für Handwerker.

Der Umfang und die Bedeutung der Steuerberatung erfordert die Errichtung einer regelrechten Steuerberatung auch für die Handwerker. Die Handwerkskammer zu Wiesbaden hat eine solche Steuerberatungsstelle vom 6. April 1920 ab eingerichtet und sie ihrem wissenschaftlichen Mitarbeiter, Herrn Dr. Goerke übertragen. Dieser steht den Handwerkern bei allen steuerlichen Fragen im Verwaltungsgebäude der Handwerkskammer zu Wiesbaden, Nikolaistraße 41 und bei der Nebenstelle Handwerksamt zu Frankfurt a. M., Saalstraße 33 zur Verfügung, und zwar in Frankfurt a. M. Mittwochs und Donnerstags, in Wiesbaden an den übrigen Wochentagen täglich von 10 bis 1 Uhr. Angesichts der hohen wirtschaftlichen Bedeutung der Steuerfragen empfehlen wir den Handwerkern von unserer Beratungsstelle fleißig Gebrauch zu machen.

Wiesbaden, den 27. März 1920.

Die Handwerkskammer.

Der Vorsitzende: Der Syndikus:
Carstens. Schroeder.

Beiz. Dienstzeit bei der Handwerkskammer.
Vom 6. April 1920 ab sind die Dienststunden bei der Handwerkskammer wie folgt festgesetzt: Vormittags von 7.30 bis 1 Uhr. Nachmittags von 3 bis 5.30 Uhr. Sprechstunden liegen vormittags zwischen 10 und 1 Uhr. Persönliche Besuche wollen möglichst vormittags erledigt werden.

Wiesbaden, den 27. März 1920.

Die Handwerkskammer:
Der Vorsitzende: Der Syndikus:
Carstens. Schroeder.

Beiz. Beratung der handwerkll. Genossenschaften.

Für die ständige sachverständige Beratung und Unterstützung der handwerklichen Genossenschaften hat die Handwerkskammer zu Wiesbaden eine Beratungsstelle errichtet und die Beratung dem Herrn Köbler, Abteilungsleiter bei der Vereinsbank zu Wiesbaden, Mauritiusstraße 7, 1 übertragen. Herr Köbler steht den handwerklichen Genossenschaften werktätig von 9-1 vorm. und von 3-5 Uhr nachm. zur Verfügung. Wir empfehlen den Genossenschaften sich in allen Fragen ihrer genossenschaftlichen Geschäftsführung an unseren genannten Beauftragten zu wenden.

Wiesbaden, den 8. März 1920.

Die Handwerkskammer.
Der Vorsitzende: Der Syndikus:
Carstens. Schroeder.

Beiz. Verjährung von Handwerkerforderungen.

Bekanntlich war während des Krieges der Lauf der Verjährungsfristen gehemmt. Durch Reichsgesetz vom 3. April 1920 sind diese Verjährungsfristen nunmehr vom 1. August 1920 ab wieder in Lauf gesetzt. Handwerker, deren Forderungen von der Verjährung bedroht sind, werden auf dieses Gesetz hierdurch aufmerksam gemacht.

Wiesbaden, den 24. April 1920.

Die Handwerkskammer:
Der Vorsitzende: Der Syndikus:
Carstens. Schroeder.

Einladung

zu der am Mittwoch, den 12. Mai 1920, nachmittags 3 Uhr, im Lokale Wilhelm Marxheimer in Diez, Rosenstraße, stattfindenden Vorstandssitzung mit anschließender Generalversammlung.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht. — 2. Benutzung der Geschäftsstelle. — 3. Wahl einer Rechnungsprüfungskommission und Revision. — 4. Wünsche und Anträge.
- Wünsche und Anträge wollen man eventuell beim Vorstand geltend machen.

Karl Bühl, Vorsitzender.

Ein kleines Gütchen mit schönem Landhause, circa 20-30 Morgen groß, sofort zu kaufen gesucht mit oder ohne lebendem und totem Inventar. Gest. Off. unter S. J. 4 an die Geschäftsstelle d. Bzg. erbeten.

Dele und Fette für alle industrielle Zwecke Treibriemen, techn. Gummiwaren, Dichtungsmaterialien, Gummischläuche, Treibriemenwachs etc. etc. alles in Friedensqualität liefert **H. J. Kirschhöfer, Schierstein-W. a. Rh.** Del- und Fett-Fabrik. Begr. 1898.

Tagebuch für **Auftragsbuch** **Hauptbuch** **Handwerker**

Herausgegeben von Gewerbeschulinspektor Kern, bearbeitet nach „Kerns Buchführung“

Berlag von Hermann Rauch, Wiesbaden

Katholischen Meistern

aus allen Handwerksberufen, die die Absicht haben, zu Ostern 1920 einen Lehrling einzustellen und während der Lehrzeit in ihre Familie aufzunehmen und zu gutem Menschen zu erziehen, vermitteln geeignete Knaben aus gut empfohlenen, katholischen Familien die Lehrstellenvermittlung der Wirtschaftsstelle für Verleihhandlung und Sekundarmachung G. m. b. H., Essen, Mittenfelderstraße 100, Eingang Dorotheenstraße. Fernruf 742.

Herausgeber: Gewerbeverein für Nassau; Schriftleiter: H. Gewerbeschulinspektor Kern. Rotationsdruck von Herrn Rauch, sämtlich in Wiesbaden.



Nassauische Landesbank Nassauische Sparkasse

Wiesbaden, Rheinstraße 42/44.

Fernruf 832, 833, 834, 893, 894, 6172 und 1058.

Mündelsicher, unter Garantie des Bezirksverbandes des Regierungsbezirks Wiesbaden. Die Nassauische Landesbank ist amtliche Hinterlegungsstelle für Mündelvermögen. Reichsbankgirokonto. — Postscheckkonto Frankfurt am Main Nr. 600. und Köln Nr. 49638. — 28 Filialen (Landesbankstellen) und 225 Sammelstellen im Regierungsbezirk Wiesbaden. 22 Sammelstellen in Frankfurt und seinen Vororten.

Mündelsichere Anlagen in Schuldverschreibungen der Nassauischen Landesbank, auf Sparkassenbücher der Nassauischen Sparkasse, auf gebührenfreien Verzinsungskonten mit täglicher Fälligkeit oder unter Festlegung mit Kündigungsfrist.

Darlehn und Kredite in laufender Rechnung gegen Hypothek, Bürgschaft oder Verpfändung von Wertpapieren, ferner an Gemeinden und öffentliche Verbände mit oder ohne besondere Sicherstellung.

Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren. — Vermietung von Schließfächern, Aufbewahrung verschlossener Depots. — An- und Verkauf von festverzinslichen Wertpapieren, Aktien, Kuxen und allen unnotierten Werten, Devisen und Sorten. — Einzug von Wechseln und Schecks, Eröffnung von Akkreditiven u. Ausstellung von Kreditbriefen, Einlösung fälliger Zinsscheine.

Hessen-Nassauische Lebensversicherungsanstalt.

Behördliches Institut der Bezirksverbände der Reg.-Bez. Wiesbaden und Cassel. Gemeinnützige Anstalt des öffentlichen Rechts.

Postscheckkonto Frankfurt am Main Nr. 17600. Fernruf wie oben.

Alle Arten von Lebensversicherung gegen niedrigste Aufwendungen.

Direktion der Nassauischen Landesbank.

Industrie-Bedarfsartikel

aller Art; insbesondere

Abt. I: Armaturen, Rohre, Formstücke, Kanalisationsartikel, Flanschen, Fittings, Schrauben, Dichtungen, Rohrleitungskette und Sanf.

Abt. II: Treibriemen nebst Zubeh., Riemenscheiben, Öl- u. Fettschüssel, Stopfbüchsen, Packungen, Puhwolle, Puh-tücher, Asbest- und Gummi-platten, Schläuche a. Art etc.

liefert

Ludwig Müller, Sohn

Telefon 474 Höchst a. M. Königsteinerstr. 88

Wiesbadener

Kunstmarmor-Industrie

Inh. Boelsen & Gerhard

Wiesbaden Poststr. 6 Wiesbaden

Anfertigung von

Waschtischgarnituren

Friseur-Einrichtungen

Wandbekleidungen

Tischplatten usw.

in allen Farben und Mustern

Einfassung von Heizkörpern

Besichtigung der Musterkollektion erbeten

Bankkonto: Vereinsbank Wiesbaden.

W. Ungeheuer Söhne

Drahtwarenfabrik, Höchst a. M. Telefon 132



Verzinkte Drahtgeflechte und komplette Draht-einfriedigungen.

Kugellager

Holzbearbeitungsmaschinen, für Dreschmaschinen, Mältereimaschinen,

Transmissionskugellager

Joh. S. Greb, Fabrik Banerbach, Hattersheim.

Beste Bezugsquelle für Großisten.

Bauschule Rastede in Oldenburg
Meister- und Polierkurse.
Eintritt: Aug., Okt. u. Jan.
Ausführl. Programm 2 M.

Sämtliche Druckereien

liefert Hermann Rauch,
Wiesbaden, Friedrichstr. 30.



Verzinkte Draht-geflechte, Draht u. Stacheldraht
Rabitzgewebe
Einfriedigungen
Tore und Türen

Demme & Heuter
Inh. Fr. Heuter
Höchst a. M.
Telefon 144

Amerik. helles Fußbodenöl, staubfrei

Zentrifugen- und Maschinenöle, la Wagenfett, dunkle und hellgelbe Lederfette, la Bohnerwachs

Herm. Graf, vorm. Ph. Peusch

Wiesbaden, Dotzheimerstraße 75.

Spezial-Stein-Werte

Inh.: Paul Groffe, Hofheim i. T.

D. R. P. angem.

D. R. P. angem.

Spezial-Baustein „Fortschritt“

Spezial-Fabrik für Kunstmarmor u. Kunststein usw.

Bank-Konto: Vorschußverein Höchst am Main.

Telefon: Amt Hofheim 13.

Telegramm-Adresse: Groffe, Hofheim.

Uhrig & Hanko, Briesheim a. M.

Werkstätte für Elektrotechnik

Elektromotore, Dynamos, Transformatoren usw.

werden schnellstens billigt repariert u. neu gewickelt, auf andere Spannung und Tourenzahl umgewickelt.

Eigene Prüfstation

Alle, auch defekte Motore werden angekauft.